

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Wittwoch, den 28. Juni 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Graf Ballestrem.

Der Präsident des Reichstags Graf Ballestrem hatte sich durch seine Handhabung der Reichstags-Verhandlung fast allseitig Sympathien erworben. Auch die Linke, deren freimütige Äußerungen er mehrfach einzuengen versuchte, begann sich mit ihm auszusöhnen, da er Willens schien, auch nach der anderen Seite gleiches Maß anzuwenden, und da er auch gegenüber einer unberechtigten Kritik vom Bundesratsstische die Würde des Hauses zu wahren verstand.

Mit einem Federzuge hat Graf Ballestrem diese Sympathien verschertzt. Durch eine verhängnisvolle Korrektur in der stenographischen Wiedergabe seiner Worte am 21. Juni hat Graf Ballestrem die Situation vollständig umgewandelt.

In der Sitzung des Reichstages vom 21. Januar d. J. gab Graf Ballestrem eine Erklärung darüber ab, welche Behandlung Äußerungen des Kaisers im Reichstage erfahren müssen. Er sagte:

„Ich werde keinen Redner hindern, Reden Seiner Majestät des Kaisers oder eines der höchsten und hohen Bundesfürsten hier bei den Erörterungen zu erwähnen; jedoch, meine Herren, setzt dieses voraus, daß die Reden dieser höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt geworden sind. Unter „authentisch“ verstehe ich, entweder, daß sie uns auf geschäftsordnungsmäßigem Wege zugehen, wie z. B. die Thronrede oder andere Kundgebungen des Kaisers ähnlicher Art, oder daß sie im „Reichs- und Staats-Anzeiger“ ihrem Wortlaut nach veröffentlicht sind. Ich glaube, die Ehrfurcht, die wir Seiner Majestät dem Kaiser und den hohen Bundesfürsten schulden, aber ebenso auch die Würde des Reichstages erfordert es, daß der Reichstag von Reden, welche nur durch Zeitungsnachrichten oder sonstige nicht authentische Kundgebungen in die Öffentlichkeit gelangt sind, keine Notiz nimmt, und ich bitte die Herren Redner, sich danach zu halten.“

Diese Anordnung des Präsidenten erschien uns sofort als unvereinbar mit den Rechten und Pflichten des Reichstages. Denn es können auch Äußerungen eines Monarchen fallen, die nicht in dieser Weise authentisch bekannt gemacht wurden, die aber doch eine Besprechung im Parlament durchaus erheischen. Doch mußten wir uns mit der Auffassung des Präsidenten vorläufig abfinden.

Jetzt aber hat der Präsident seine damalige Anordnung selbst umgeworfen und zwar in einer für ihn höchst unehrenvollen Art.

Am 21. Juni kam der Abg. Köstke-Deßau auf die Vorgeschichte der Zuchthausvorlage zu sprechen und begann die bekanntesten Kaiserreden zu streifen. Der Präsident unterbrach ihn und forderte ihn auf, „Äußerungen des Monarchen, die uns nicht beglaubigt zugegangen sind, nicht in den Bereich seiner Ausführungen zu ziehen.“ Herr Köstke war aber in der Lage, sofort die Nummer des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ vorzulegen, in der jene Reden veröffentlicht waren und bereits ihre Beglaubigung gefunden hatten. Der Präsident erklärte darauf:

„Dann ist dies etwas anderes. Dann können Sie sie in angemessener Weise erwähnen.“

Herr Köstke konnte seine Besprechung der Kaiserreden, die in einen Angriff auf die Regierung, welche den Kaiser nicht richtig unterrichtet, ausmündete, fortsetzen. Als Minister Preßfeld später die Heranziehung des Kaisers in die Debatte zu tadeln versuchte, wurde er vom Präsidenten zurückgewiesen. Graf Ballestrem bekräftigte damit nochmals ausdrücklich und unzweideutig seine Erklärung vom 21. Januar und stellte sie sicher gegen Angriffe aus Bundesratskreisen.

Im stenographischen Bericht der Sitzung vom 21. Juni jedoch ist der Wortlaut geändert worden. Es heißt da: „Dann ist dies etwas anderes, vorangeführt, daß es der amtliche Teil des Blattes war. Dann können Sie sie in angemessener Weise erwähnen.“

Diese Änderung bedeutet zunächst eine Floyalität gegen den Abg. Köstke. Denn hätte der Präsident so gesprochen, wie er im stenographischen Bericht gesprochen zu haben vorgiebt, so konnte Abg. Köstke nicht in der Besprechung der kaiserlichen Rede, die im nicht-amtlichen Teil des „Reichs- und Staats-Anzeiger“ abgedruckt war, fortfahren mit der Bemerkung:

„Ich will nur hinzufügen für den Herrn Präsidenten, der sich ja nacher davon überzeugen wird, daß die Rede gefunden hat in Nr. 142 des „Staats-Anzeigers“ vom 13. Juni 1897.“

Durch die Änderung des Präsidenten fällt auf den Abg. Köstke der Schein einer illoyalen Handlungsweise. Diese Änderung ist daher nicht beliebigen anderen Änderungen in den stenographischen Berichten gleich zu achten. Sie ist selbst eine illoyale Handlungsweise. Wenn der Präsident aus irgendwelchen Gründen zu der Meinung gelangt, daß seine Erklärung vom 21. Januar änderungsbedürftig war, so müßte er dies in besonderer Ausführung dem Reichstag vortragen.

Die Änderung des stenographischen Berichts bedeutet aber vor allem eine vollständige Schwelung des Präsidenten in der Auffassung von der Redefreiheit der Reichstagsmitglieder gegenüber Äußerungen und Reden des Kaisers. Im sogenannten amtlichen Teile des „Reichs-Anzeigers“ sind kaiserliche Reden unseres Erinnerns niemals mitgeteilt worden, sondern stets unter der Rubrik „Nicht-amtliches“.

Nichtamtlich bedeutet aber keineswegs „nicht beglaubigt“. Im amtlichen Teil des „Reichs-Anzeiger“ erscheinen Geseherte, Vorschriften der oberen Verwaltungsbehörden, Ordensverleihungen, alles Anordnungen der Regierung. Die Reden des Kaisers zeichnen sich aber gerade dadurch aus, daß sie nichtamtlich sind, daß sie nicht unter Gegenseignung von Amtspersonen gehen; darum müssen sie auch im nichtamtlichen Teile des „Reichs-Anzeiger“ erscheinen. Durch das Erscheinen in dem nicht-amtlichen Teile des „Reichs-Anzeiger“ sind aber die kaiserlichen Reden beglaubigt. Der Wortlaut dieser Reden wird, nachdem der Kaiser gesprochen, vom Zivilkabinett festgestellt und durch das offiziöse Wolffsche Telegraphen-Bureau verbreitet. Der Text dieser Reden ist damit „authentisch“ festgestellt und die Aufnahme in den „Reichs- und Staats-Anzeiger“, in den keine Zeile ohne Genehmigung verantwortlicher Beamten hineingelangt, bestätigt die Authentizität.

Wahin bedeutet der vom Grafen Ballestrem jetzt gebotene Ausschluß der kaiserlichen Äußerungen, die nicht im amtlichen Teile des „Reichs-Anzeiger“ erschienen sind, den Ausschluß aller kaiserlichen Reden aus der parlamentarischen Debatte. Damit ist das Gegenteil dessen dem Reichstag zugemutet, was der Präsident am 21. Januar als Regel aufgestellt. Die damalige Einschränkung der Redefreiheit im Parlament war für uns unannehmbar. Die jetzige verbietet dem Reichstag den Mund gegen jede wie immer geartete Äußerung des Kaisers, gleichviel ob diese sich gegen Mitglieder oder Parteien oder die Gesamtheit des Reichstages richtet; sie muß auch für andere Parteien unannehmbar sein, die nicht den Rest der Selbstständigkeit des Parlamentes daraneben wollen.

Hätte Graf Ballestrem am 21. Juni bereits die Ansicht gehabt, die er in das Stenogramm hineinmanövierte, so lag für ihn gar kein Anlaß zu dem Konflikt mit dem Handelsminister Preßfeld vor, denn dieser vertrat ja gerade die vom Präsidenten damals scharf abgewiesene, aber jetzt anerkannte Meinung.

Es bleibt keine andere Erklärung, als daß die Regierung alsbald nach der Sitzung vom 21. Juni auf den Reichstags-Präsidenten eingewirkt und ihn zum Rückzug gedrängt hat. Graf Ballestrem hat vor unberechtigten Ansprüchen der Regierung kapituliert. Der Präsident, der die Rechte des Reichstages schützen soll, giebt sie schutzlos preis.

Das Ende des Brünner Streiks.

—st— Wien, 26. Juni.
Einer der gewaltigsten Lohnkämpfe, die je in Oesterreich geführt wurden, ist zu Ende. Seit dem 2. Mai standen sämtliche Textilarbeiter der mährischen Hauptstadt im Streik, und trotz aller Entbehrungen und Kümmernisse, die ein fast zweimonatlicher Ausstand einer zum größten Teil inorganisierten, für den Streik gar nicht gerüsteten Arbeitererschaft auferlegte, ist die Disciplin bis zum letzten Augenblicke aufrecht erhalten geblieben, ist der Zusammenhalt der kämpfenden Arbeiter auch nicht einen Augenblick gelockert worden. Brünn, das Centrum der österreichischen Schiffsollindustrie, hat schon viele Lohnkämpfe erlebt, aber so in Ordnung, so als reiner Klassenkampf ist in dem österreichischen Wandaufbau noch nie ein Streik ausgebrochen worden. Dieser moralische Erfolg muß uns höher veranlaßt werden, als in Brünn zu dem wirtschaftlichen Gegenstand zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse noch der Gegensatz der Rationalität — die Arbeiter sind Ezedon und die Unternehmer Deutsche — und vielfach auch der der Konfessionen hinzutritt; Momente, die sonst auch in den wirtschaftlichen Kämpfen dieses rückständigen Oesterreich vergiftend einwirken. Der Ausgang des Streiks ist bereits telegraphisch gemeldet worden; er bringt zwar nicht die volle Erfüllung der Forderung der Arbeiter, den Jekstundentag, aber zwei Drittel des Weges sind zurückgelegt worden. Gerade die Partinadigkeit, mit der die Unternehmer den Jekstundentag rumbweg abgewiesen hatten, gestaltet die Bedingungen, unter denen nun die Arbeit aufgenommen wurde, zu einem starken und eindrucksvollen Erfolge der Arbeiter. Aber der Streik hat auch die große Bedeutung, daß er dem Jekstundentag für die Gesamtindustrie Lohn gebrochen hat; für die Gesehgebung hat der Streik die Frage entschieden. Vielleicht noch höher ist als Wirkung des Brünner Kampfes anzuschlagen, daß die Unternehmer die Kraft der Arbeiter zu erleumen gelernt haben. Wenn die Brünner Fabrikanten die Energie hätten vorhersehen können, mit der die österreichische Arbeitererschaft diesen Kampf führen werde, so hätte sie sicherlich vorweg nachgegeben. Denn die so lange Dauer des Streiks ist nicht aus der Bedeutung des Jekstundentages für die augenblickliche Rentabilität der Brünner Industrie zu erklären, sondern mehr aus dem Umstande, daß der Kampf zu einer Nachfrage geworden ist, in der die Fabrikanten ihre „Ghre“ engagiert sehen wollten. Wenn nun der Streik die Arbeiter warnt, die Widerstandsfähigkeit der Industriellen zu unterschätzen, so lehrt er auch die Fabrikanten, die Energie der Arbeiter richtig einzuschätzen. Für die österreichische Socialdemokratie bedeutet der Streik eine Probe ihrer Leistungsfähigkeit; sie hat gezeigt, daß sie ebenso gut die Massen in Bewegung zu setzen, als zu disciplinieren vermag.

Aber auch sonst bietet der Streik in Brünn einige Lehren, die gerade jetzt, wo man vielfach die Reizung hat, die Grund- und Verhältnisse der Partei als alten Blunder zu behandeln, doppelt eindringlich besprechen. Ein heroischer, mit wahrer Todesbereitschaft geführter Kampf war notwendig, um für eine Arbeitererschaft die Verringerung ihrer Jahresarbeit um 126 Stunden zu erringen! Die Größe, die Macht, der Reichtum Brünns sind wirklich ein Werk dieser veredelten Weber, von denen Generation um Generation dahinsinken muß, damit 66 Fabrikanten immer reicher werden können. Auch an „Sympathie“ bis tief hinein in die bürgerlichen Schichten hat es den Arbeitern nicht gefehlt; die Berechtigung ihrer Forderung zu befreiten haben die eigentlichen Soldschreiber

des Kapitals nicht gewagt. Und was hat alles „Recht“, was hat die „Sympathie“ den Arbeitern genügt! Wären die Arbeiter nicht stark genug gewesen, acht Wochen im Kampfe auszuharren, hätten sie es nicht vermocht, den Streik so lange zu führen, bis den Fabrikanten das Messer schon an den Hals gerückt hat; sie wären schmächtig unterlegen, und ein paar sentimentale Leitartikel wären das einzige gewesen, was die „wohlwollenden Schichten“ des Bürgertums an Trost für sie aufgebracht hätten. Die sogenannten „Juvonderabillen“, die Richtung und das Gewicht der öffentlichen Meinung können bei gewissen Streiks eine Bedeutung gewinnen, wenn sich aber ein Streik als reiner Klassenkampf gestaltet, sind sie einfluß- und wirkungslos. Wie hat es an Reuten gefehlt, die da gemeint haben, die Arbeiter könnten, wenn sie es nur vernünftig und recht sitzsam anstellen, die Unternehmer von ihrem Rechte überzeugen. Wohlan, der Kampf der Brünner Textilarbeiter um den Jekstundentag dauert mehr als ein Decennium; an Vorstellungen, Verhandlungsversuchen, an friedlichen Einwirkungen haben es die Arbeiter wahrlich nicht fehlen lassen, bevor sie zum Streik, der letzten Waffe der Arbeiterklasse, gegriffen haben. Und dabei verwickelt die lange Arbeitszeit das Menschennaterial so stark, daß darunter direkt die Konkurrenzfähigkeit der Brünner Industrie selbst leidet; selten kämpften Arbeiter für eine Forderung, die so ganz und gar auch im Interesse der Unternehmer gelegen war, als es bei den Brünner Textilarbeitern mit ihrem Streik für den Jekstundentag der Fall war. Deshalb verliert der Streik in Brünn die Erkenntnis, daß die angeblich wohlwollenden, weil uninteressierten Schichten des Bürgertums machtlos sind, wo wirkliche Interessen der Arbeiterklasse in Frage kommen.

Was uns der Brünner Streik noch sagt, ist die — freilich alte — Wahrheit, daß die Arbeiter in ihrer überwiegenden Mehrheit keine Reizung haben, das Koalitionsrecht zu mißbrauchen. Wo das, was die Unternehmerpresse schief und falsch als „Terrorismus“ der Arbeiter bezeichnet, in die Erscheinung tritt, dann ist unfehlbar die Unternehmer oder die ihnen dienstwilligen Behörden daran schuld. Die geistlichen Arbeiter von Brünn stehen nicht in dem Aufse, besonders leidenschaftslos oder gutmütige Leute zu sein. Da man sie eben in Ruhe ließ, so blieben sie besonnen und beherrschten sich bis zum letzten Augenblicke. Die Unternehmer haben es an Auffassungen der Behörden nicht fehlen lassen. Ein rationelles Mittel in Oesterreich, den Widerstand freilebender Arbeiter zu brechen, sind die Praktiken mit dem Arbeitsbuche. Obwohl das Gesetz hierfür nicht die geringste Möglichkeit zuläßt, werden, wenn ein Streik über eine kurze Zeit andauert, die Arbeitsbücher bei den Behörden „deponiert“; der Arbeiter soll sich nicht mehr als einen Streikenden betrachten dürfen, sondern ein Entlassener sein. Auch in Brünn wollten die Unternehmer diesen Expulsionsversuch probieren; wäre er geglückt, so hätte es leicht zu allerlei Ausschreitungen kommen können. Aber die Behörden nahmen allmählich Verstand an; weder die städtische, noch die staatliche Behörde in Brünn hat sich zu diesem Treibdesitte herbeigelassen, und da man die Arbeiter in ihrem Vereinshaus ruhig sich „ver sammeln“ ließ — was sonst, wenn es einem Bezirkshauptmann einfiel, auch als Uebertretung des Versammlungsgesetzes qualifiziert wird — so verlief der Streik in völliger Ruhe und peinlichster Ordnung. Die Ruhe jedes Streiks ist verbürgt, wenn die Behörden unparteiisch sind, wenn sie sich aller Kleinigkeiten und boshaften Einschüchtern enthalten. Man kann das unmöglich von ihnen fordern, als Wind und Wetter für die Unternehmer und die Arbeiter ohnedies ganz ungleich verteilt sind. Ein Gesetz kann noch so „paritätisch“ sein; der natürliche Unterschied der Quantität kann es nicht aufheben. Auf der einen Seite waren es in Brünn 66 Fabrikanten, auf der anderen 12000 Arbeiter. Die Unternehmer können sich in einer großen Privatwohnung zusammensetzen; die Arbeiter brauchen die großen Vorbereitungen einer Versammlung, um sich zu informieren, zu besprechen, um sich zum Aushalten anzuwehren. Die Unternehmer üben auf einander den stärksten Druck aus; gerade in Brünn haben ein paar Millionäre auf die schwächeren und kleineren Firmen einen fast unverkennbaren „Terrorismus“ geübt — aber dieser Druck vollzieht sich in den unausschlaglichsten Formen, fast unsichtbar und für ein Gesetz gar nicht sichtbar. Bei den Arbeitern bedarf aber das Zusammenhalten der Streikenden, diese unerlässliche Bedingung für jeden Erfolg, ganz anderer Mittel; wenn nicht in jedem Arbeiter das Bewußtsein geweckt wird, daß der Streikbruch etwas Verächtliches und Häßliches ist, so ist die Solidarität der Ausständigen nicht zu erhalten. Der „Terrorismus“, von dem die Unternehmerklasse allezeit sabuliert, ist im Grunde nichts anderes, als die fast selbstverständliche Thatsache, daß die Arbeiter die Streikbrecher als Feiglinge oder Verräter verachten, und daß jeder „Arbeitswillige“ mit der Verachtung seiner Arbeitskameraden bedroht ist. Wie ganz ungleich aber die Aufgabe ist, unter einem halben Hundert Menschen den „Corpsgeist“ zu erhalten oder die Solidarität von 12000 Menschen nicht lockern zu lassen, liegt auf der Hand. Selbst bei dem besten und liberalsten Gesetz sind die Arbeiter unverhältnismäßig schlechter daran, weil ihrer viele sind, und weil jede Schwierigkeit für sie fast um so viel größer ist als ihre Zahl größer ist als die Zahl der Unternehmer. Die Brünner Arbeiter, die trotz aller Widrigkeiten so musterhafte Disciplin gehalten, haben dadurch der gesamten Arbeitererschaft genützt, denn ihr Streik hat die Notwendigkeit eines freien und unverkürzten Koalitionsrechtes klar und scharf hervortreten lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juni.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die zweite Lesung eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch beendet. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage der Rändelsicherheit der Hypotheken-Pandbriefe. Nachdem gestern die Minister v. Hammerstein und Schönstedt den agrarischen Wünschen auf Bevorzugung der Landkassen Ausdruck verliehen hatten, legte heute der Finanzminister Dr. v. Riquel eine Lanze für seine Lieblinge ein. In erster Linie ist wohl seiner Rede zu danken, daß das Haus in namenhafter Abstimmung mit 169 gegen 127 Stimmen die Hypothekensandbriefe als nicht mündelsicher erklärte. Mit den Konservativen und Freikonserwativen stimmte auch ein kleiner Teil des

Centrums. Bemerkenswert war die ironische Art, mit der Herr Miquel seinem Kollegen Hammerstein zu Leibe ging, weil dieser gestern nicht agrarisch genug gesprochen hatte. Heute nahm der Landwirtschaftsminister denn auch das, was er gestern gesagt hatte, wieder zurück. Auf eine Blamage mehr oder weniger kommt es diesem Schredenklinde der Regierung nicht an.

Durch und durch reaktionär zeigte sich das Haus wieder bei der Debatte über den vom Gemeinde-Waisenrat handelnden Artikel 76. Hiernach können zur Unterstützung des Gemeinde-Waisenrats auch Frauen als Waispflegerinnen widerrechtlich bestellt werden, welche unter Leitung des Gemeinde-Waisenrats bei der Beaufsichtigung der im Kindesalter stehenden Minderjährigen mitzuwirken haben. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Bestimmung einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande bedeutet, aber wie immer, so konnte sich das Haus auch diesmal nicht entschließen, ganze Arbeit zu machen, es lehnte einen weitergehenden freisinnigen Antrag, wonach auch Frauen zu dem Amte eines Gemeinde-Waisenrats berufen werden können, mit großer Mehrheit ab.

Die Debatte über die übrigen Artikel des Gesetzes war belanglos.

Mittwoch stehen die übrigen Ausführungsgesetze in zweiter Lesung zur Beratung.

Der Bergarbeiter-Ausstand in Herne

Scheint bedeutliche Formen anzunehmen. Die bürgerliche Presse berichtet von „groben Ausschreitungen“ und von Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei. Folgendes Wolffstelegramm aus Herne, 27. Juni, liegt vor:

„Auf der Zeche „Friedrich der Große“ fanden, wie das „Herne Tageblatt“ meldet, gestern abend gegen 9 Uhr bei der Ein- und Ausfahrt große Ausschreitungen statt. Zum Schutze der Arbeitwilligen war Gendarmerie aufgebunden worden, welche angegriffen wurde. Sie schlug mit blanker Waffe ein und gab Schüsse ab, welche mit schwerem Steinhagel erwidert wurden. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen leichterer Art.“

Wie dem „Böckumer Anzeiger“ aus Herne gemeldet wird, sind von der Frischicht nicht eingefahren auf den Zechen: „Schamrod“ 313 Mann, „v. d. Heydt“ 76 Mann, „Julia“ 43 Mann, „Friedrich der Große“ 225 Mann. Nachts kam es auf „Schamrod“ zu wilden Szenen. Auf die Arbeiterhäuser der Zechen wurden von den Streikenden zahlreiche Schüsse abgegeben, welche von der Gendarmerie erwidert wurden. Verletzungen schwererer Art sind bisher nicht bekannt geworden.“

Nach unseren Informationen sind in der Nacht zum Dienstag im Polenbiertel allerdings Schüsse gefallen, aber niemand verletzt worden. Die Polizeibehörde scheint übrigens eine Taktik zu befolgen, die geeignet ist, die Erregung zu steigern, denn sie verbietet schon am Montag für diese Woche sämtliche angemeldeten oder noch anzumeldenden Versammlungen und zog die Gendarmerie der ganzen Gegend bei Herne zusammen.

Die Streikenden sind junge unorganisierte Polen, die nur durch den Jörn über die hohen Abzüge bei den geringen Löhnen zu dem Mittel des Ausstandes gegriffen haben und sich über Möglichkeiten und Voraussetzungen des gewerkschaftlichen Kampfes gar keine Rechenschaft zu geben vermögen. Die organisierten Arbeiter raten dringend von dem Ausstande ab.

In einer Bergarbeiter-Versammlung, die am Sonntag in Dorstfeld tagte, um gegen die Zuschlagsvorlage zu protestieren, wurde der am Tage zuvor ausgebrochene Ausstand zur Sprache gebracht. Der Bergarbeiter Schürholt erklärte, es sei Pflicht aller organisierten Bergleute, den Streik zu vermeiden, erstlich weil er ausichtslos sei und dann, weil man auf diese Art und Weise keine Verbesserung herbeiführen könne. Letztere könne nur dadurch erfolgen, daß man bei den Knappschaftswahlen geeignete Leute wähle. Schürholt schloß mit den Worten: „Arbeiten Sie um Gottes Willen weiter und seien Sie nicht unbesonnen.“

Die Versammlung stimmte dem Redner vollständig zu. Der Bergarbeiter Wächter sprach die Vermutung aus, der Streik sei von Kapitalisten angezettelt worden und forderte dringend zum Eintritt in die Organisation auf, um mit deren Hilfe in geeigneter Weise gegen die Unterdrückung zu kämpfen.

Das Mittel, das den organisierten Arbeitern zur Einwirkung auf die unorganisierten, unklaren Elemente dienen könnte, die Versammlungen sind aber verboten! Die Streikenden sind sich selber und ihrem Unverstande überlassen!

Wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aus Herne gemeldet wird, ist auf der Zeche „v. d. Heydt“ Dienstagmorgen niemand eingefahren. Auf „Schamrod“ fuhrten 313 von 700 Arbeitern an, auf Zeche „Julia“ fehlen 78 Mann. Der Landrat ist um militärische Hilfe ersucht worden!

Das böse England hat es uns angethan. Daß England nach dem Sieg des monarchischen Europa über Napoleon die Heilige Allianz zertrümmerte, daß es am Ahrrecht festhält und planmäßig das „Konzert“ der internationalen Reaktion fördert und daß es als Freihandelsland die junkerliche Politik des Großformwuchers durchkreuzt hat — das sind drei Verbrechen, die von unseren junkerlich-reaktionären Wohlstandwuchsern nie verziehen werden können. Daß also die „Kreuz-Zeitung“, das Hauptorgan dieser Stippe, auf England fortwährend loshackt, das ist sehr natürlich. Interessant ist bloß, wie sie bei ihrem Geschick, England schlecht zu machen, sich in den komischsten Widersprüchen bewegt. Jährelang redete sie uns vor, England sei verfaul und verkommen, nicht bündnisfähig — des halb müsse Deutschland sich an Rußland anlehnen. Seit nun aber das Märchen von dem Verfall und der Alterschwäche Englands durch die Thatfachen gar zu handgreiflich Lügen gestraft worden ist, mußte die „Kreuz-Zeitung“ sich eine andere Form und Formel des Angriffs suchen. Und einem Blatt, dessen bester Chefredakteur der sinnreiche Herr von Hammerstein gewesen ist, konnte das auch nicht schwer fallen. Heute lesen wir in der „Kreuz-Zeitung“, daß das (gestern „alterschwache“) England (über Nacht) riesengroß geworden ist, daß es die ganze Welt umspannt, daß es mit Amerika vereinigt die Herrschaft der „angelsächsischen Rasse“ über alle Erdteile ausdehnen will, und daß Deutschland, will es von dem fürchterlichen Bauwan nicht aufgetrieben werden, sich — in die Arme Österreichs stützen muß. Das ist nicht wörtlich gesagt, aber als Notwendigkeit hingestellt.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat also im Handumdrehen ihre Taktik und Angriffs-Logik vollständig umgedreht, um zu demselben Ziele zu kommen. Erst: England ist zu schwach, als daß wir uns ihm verbünden könnten — ergo Bündnis mit Rußland. Dann: England ist zu stark, es bedroht uns — ergo Bündnis mit Rußland.

Nur immer gegen England, Freihandel und Freiheit — und für Rußland, Hungersoll und Armut.

Konsequenz und Ehrlichkeit sind ja Dinge, die nicht in die Politik gehören.

Deutsches Reich.

Konflikt bei den Nationalliberalen. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat der nationalliberalen Fraktion des Reichstages ein Mißtrauensvotum erteilt. Der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses gebauert, daß nicht die gesamte Reichstagsfraktion für Verweisung der Vorlage zum Schutze der Arbeitwilligen an eine Kommission gestimmt hat.

In der Kanalkommission geht das Kompensationspiel lustig weiter. Ein Ausweg aus diesem Labryrinth der mannigfaltigsten Forderungen aller Provinzen und Distrikte ist nicht zu ersehen. Das

Centrum beharrt auf seiner Forderung auf Einsetzung von Subkommissionen, die alle einzelnen Forderungen genau untersuchen sollen, wodurch die Erledigung der Frage hinausgeschleppt werden soll, bis wenigstens die Gemeindefahl-Reform gesichert ist. Die Nationalliberalen wüten ob dieser Subkommissionsforderung; Herr v. Eyheru erklärte, auf diese Weise müßte sich die Kommission auf Jahre in Vermonen erklären. Die Konservativen wiederum stellen ebenfalls fleißig Kompensationsforderungen, obschon sie bei ihrer „grundfäßlichen“ Ablehnung des Kanals verbleiben.

Eine wahrhaft tragikomische Rolle spielt die Regierung. Sie sitzt völlig fest. Herr Miquel erklärt, es habe eigentlich für sie keinen Zweck, länger dem Kompensationspiel beizuwohnen; ihre Vertreter können nur noch aus Höflichkeit in die Kommissionsitzungen. Aber Herr Miquel kann nichts ernstliches ausrichten. Drobungen gegen die Agrarier helfen nichts, denn diese wissen, daß die Regierung sich zu einer Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht entschließen wird, da sie ihre Junker für ihre allgemeine Politik braucht.

Wie wird Herr Miquel, der Ueberschlaue, diesen Knoten lösen? Oder wird er selbst dabei vom Rufamie geholt werden? —

Die Zustände in den Bäckereien, wie sie in jüngster Zeit wieder und besonders kräftig in dem Würzburger Falle, aufgedeckt worden sind und Erregung in weiten Kreisen des Publikums hervorgerufen haben, haben jetzt auch den Bundesrat zum Eingreifen veranlaßt. Herr v. Posadowsky hat bekanntlich die Akten in dem standalösen Würzburger Falle eingefordert und eine Frucht des Studiums dieser Akten scheint es zu sein, daß jetzt der Bundesrat den Landesregierungen andeingegeben hat, überall da, wo erforderlich, im Verordnungswege örtliche Bäckereiverordnungen, die sich auf die Beschaffenheit der Schließstätten der Gefellen und Lehrlinge, sowie die sanitär-hygienischen Einrichtungen in den Betrieben beziehen, zu erlassen. Der Hamburger und Lübecker Senat haben bereits früher, in letzter Zeit auch die großherzoglich Weimarer Regierung für die Stadt Weimar eine solche Special-Bäckereiverordnung erlassen.

Die organisierten Bäckerei-Arbeiter haben ihren Kampf seit langer Zeit auf die Beseitigung dieser haarsträubenden Mißstände gerichtet und zu diesem Zwecke wie auch zur Erzwingung der Beobachtung der allgemeinen Bäckereiverordnung eine „planmäßige Ueberwachung“ der Betriebe organisiert. Wenn die Regierung, wie sie durch ihr Anheimgen beweist, die Notwendigkeit der Bekämpfung der vor-handenen Mißstände anerkennt, dann sollte sie aber auch vor allen Dingen bestrebt sein, das Koalitionsrecht der Arbeiter von den bestehenden Fesseln zu befreien, anstatt es durch Zuchtstrafgesetze zu vernichten.

Dresden, 27. Juni. (Fig. Ver.) Die Hausagrarien in Sachsen haben, wie vor zwei Jahren, auch diesmal wieder Stellung zu dem im Herbst stattfindenden Landtag zu wählen genommen. Die Herren verlangen da die Vertretung ihrer Sonderinteressen in recht bescheidener Weise. So wünscht man z. B. die völlige Aufhebung der Staats-Grundsteuer, oder als erste Abschlagszahlung eine bedeutende Ermäßigung derselben. Weiter sollen in Städten mit organisierter Feuerwehr und Wasserleitung die Brandloshbeiträge erheblich herabgesetzt werden. Auch die Beseitigung der Kirchensteuer in den Städten, und der angeblichen „Gärten“ des Einkommensteuer-Gesetzes strebt man an. Bei Revisionen von Wohnungen und Neubauten aus deren hygienische Beschaffenheit soll den Bezirksärzten ihr jetziger Einfluß durch Verringerung der Bauordnungen entzogen werden, und ähnliche Wünsche mehr. Diese „Grundzüge“ haben die Herren jetzt auf ihrer Landeshauptversammlung aufgestellt, und es sollen die Landtagslandkandidaten der bürgerlichen Parteien in entsprechender Weise von den einzelnen Vereinen beeinflusst werden, daß die Hausbesitzer so nebenbei auch die „Rettung des Mittelstandes“ wollen, ist selbstverständlich.

Ein Prediger der christlichen Nächstenliebe.

Aus Elßaß-Lothringen schreibt man uns: In Hochfelden fand vor einigen Tagen eine Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland statt, in welcher u. a. die eifrig-katholischen Reichstags-Abgeordneten Delfor und Haug referierten. Ueber den „durchschlagenden“ Erfolg dieser frommen Veranstaltung quittiert nun der von Pfarrer Grub herausgegebene, zu Strassburg erscheinende „Volksfreund“ in folgendem von acht christlichen Nächstenliebe diktierten Zwiesgespräch:

Frang: „Was das ein Menschenpiel, Sepp! Sechszwanzigshundert Köpfe aneinandergedrückt wie Kirichen auf einem großen Kirchhufen! Warst Du auch dabei?“

Sepp: „Ja, Franz, jetzt weiß ich doch, wer der katholische Volksverein ist; bis jetzt hab' ich immer gemeint, der Volksverein sei so eine Art Kriegerverein.“

Frang: „Gottlob, daß die Herren Delfor, Jffenhardt und Haug Dir ein wenig Licht in Deinen Dunkelops gebracht haben!“

Sepp: „Als die Herren gesprochen haben, hat's mich gepakt; kalt und warm ist's mir den Sudel auf und ab, und in meinen Adern hat's so gewußelt, wie wenn tausend Ameisen drin herumgelaufen wären. Ich sag' Dir, Franz: wenn jenen Abend mir einer gekommen wäre und hätte etwas gegen die Religion gesagt, so hätte ich ihm seinen hohlen Strickstock wech' gedrosen!“

Der antisemitische Dreischrag Wädler scheint demnach in dem katholischen Droschparrer Grub einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben. Nur gut, daß derartige menschenfreundliche Dergensergüsse nicht in einem sozialistischen „Heftblatt“, sondern in dem Bierorgan eines berufenen Predigers der christlichen Nächstenliebe niedergelegt sind! Eine Anklage wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten oder mindestens doch wegen „groben Unfugs“ wäre wohl unaussprechlich.

Aus Baden. (Fig. Ver.) Auch nach der Kaltstellung des Zuschlagsgesetzes durch den Reichstag dauert in unserem Lande die Protestbewegung gegen die verhasste Anordnung der Arbeiterklasse fort. Am Sonnabend und Sonntag fanden vom Redar bis zum Bodensee zahlreiche Protestversammlungen statt. Die Versammlungen in Lörrach und Reumühl (bei Rehl) waren je von etwa 700 Teilnehmern besucht. Das Bezirksamt Rehl genießt bekanntlich den Ruf, die von Strassburger Genossen besuchten Vereinigungen durch eine unangebrachte Anwendung des badischen Versammlungsrechts zu sprengen. So äbte denn auch am Sonntag der Referendar des badischen Bezirksamtes seine Auflösungsankunft aus, weil ein Genosse aus Strassburg in seiner Rede den Wunsch aus sprach, daß „einige Mitglieder auf dem Gebiete der elbsächsischen Polizeigewalt im Reichstage zur Sprache gebracht würden“. Mit Hochrufen auf die Socialdemokratie und die sie aus-einandertreibenden Beamten gingen die Arbeiter zum gemüthlichen Zeile des Tages über, zum Bankett in die „Sonne“.

Der badische Großherzog wohnte, wie man uns aus Baden schreibt, am Sonntag einer Kaiserdenkmal-Entschaltung im Schwabwaldorte Waldkirch bei; auch bei diesem Anlasse hielt der Landesfürst in der Mitte der Kriegervereine wieder eine politische, gegen die „inneren Feinde“ gerichtete Rede. Dem früheren Bringen von Preußen rechnete es der Großherzog zum Ruhme an, daß jener seiner Zeit hier im Lande geholfen hat, Ordnung und Recht wieder zur Geltung zu bringen. Dann forderte er die Anwesenden auf, jetzt mitzuwirken, daß alle Bestrebungen in ihrem Reime erstickt werden; ihr Auskommen allein wäre Untergang und Vernichtung.

Aus dieser Reminiscenz des Großherzogs an das Jahr 1840 darf man einen Schluß ziehen auf die auffallende Thatfache, daß die Staatsbehörde dem Gemeinderat in Rastatt aufgetragen hat, eine Censur an dem Texte zu üben, der auf den Denkstein für die standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer geschrieben werden sollte. Es darf nicht einmal bemerkt werden, daß das Denkmal eine Widmung von Demokraten und Socialdemokraten aus Amerika und Deutschland ist.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der 26 Jahre alte Schuhmachergeselle Kust aus Reustadt wurde wegen Majestätsbeleidigung vom Landgericht in Barmen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. A hat die beleidigende Aeußerung in stark angekränktem Zustande gethan.

Ueber die „Revolte“ der Chinesen in Kiantchou liegen zwar noch keine amtlichen Mitteilungen, aber doch nähere Privat-mitteilungen vor. Nach einem Telegramm der „Central News“ aus Changhai hätte in Kiantchou eine Revolte stattgefunden. Ungefähr tausend Chinesen, welche mit allerhand Waffen versehen waren, griffen danach die deutsche Bahn so heftig an, daß die deutschen Beamten das Bahnhofsgelände verlassen mußten. Ein Detachement deutscher Infanterie begab sich an Ort und Stelle, und da die Chinesen sich nicht zerstreuen wollten, zerstörte das Detachement und tödete neun Chinesen. Die Wiederherstellung der Ordnung sei zu erwarten.

Es ist etwas Schönes um eine kulturaunderbreitende Kolonialpolitik.

Ausland.

Chamberlains Kriegsdrohung.

Der englische Kolonialminister Chamberlain hat am Montag in Birmingham eine Rede gegen die Südafrikanische Republik gehalten, wie es nur jemand thun kann, der den Krieg unter allen Umständen herbeiführen will. Die Frage, um die es sich bei der jetzigen Krise handelt, so führte er aus, sei nur eine von vielen. In jedem Falle habe Transvaal darauf verzichtet, mit Waffengewalt vorzugehen angesichts der großen Kosten, jetzt aber habe die Südafrikanische Republik nach gewaltigen militärischen Leistungen Großbritannien gezwungen, seinerseits die Garnisonen in der Kapkolonie und in Natal zu vermehren und dadurch die jährlichen Ausgaben um 500 000 Pfund zu erhöhen. Wenn die Reformen, welche Lord Ripon 1884 vorgeschlagen habe, angenommen wären, würde es weder einen Einfall Jamesons, noch eine Krise gegeben haben. Jetzt aber habe jener Einfall die Hände der Regierung gebunden und jeden Druck verhindert. Man habe verücht, freundschaftliche Beziehungen zu dem Präsidenten Kruger herzustellen, aber die ihm unterbreiteten Vorschläge seien nur Mißachtung begegnet und seine Gegenvorschläge enthielten nicht einmal eine billige Durchführung von Reformen. Es könne kein Abänderungsvorschlag Transvaals angenommen werden, der nicht den Willkürern unverzüglich eine entsprechende Entretung sichere. Es handle sich hier nicht bloß um eine Frage des Bürgerrechts, sondern auch um die Monopole, mittels deren die Ausländer betrogen würden. Ebenso sicherten die Besetzung der Ainderziehung, die schlechte Verwaltung der Polizei und der gewaltige Geheimdienstfonds der Südafrikanischen Republik dieser Frage Freunde und Sachwalter in jedem Lande. Durch die Haltung Transvaals im allgemeinen seien der britische Name und die Macht Großbritanniens, seine Unterthanen zu schützen, auf das Spiel gesetzt worden. Abgesehen von der wiederholten Verletzung des Textes der Konventionsakte sei auch der Geist der Konvention schwer verletzt worden. Die Rißverwaltung Transvaals bilde ein eiterndes Geschwür, welches die ganze Atmosphäre Südafrikas vergifte. Die Holländer in der Kapkolonie und in Natal seien in der glücklichsten Lage, aber so lange die Krankheit des Hasses und des Argwohns in Transvaal chronisch sei, sei es unmöglich, eine Ansiedlung zu vermeiden. Es sei ebenso irrig, zu sagen, die britische Regierung wüßte den Krieg, als zu sagen, sie wolle jetzt davon absteigen, die Hand an den Pflug zu legen. Großbritannien wolle nur Gerechtigkeit, er hoffe, die Zeit werde nie kommen, wo Rücksicht und moralischer Druck zur Hilfe würden. Wenn sie aber kommen sollte, würden die Engländer daran festhalten, Mittel und Wege zu finden, welche als weisentliches Ergebnis die Sicherung des Friedens in Südafrika bezwecken. — Er glaube, man sei jetzt an dem entscheidenden Wendepunkte in der Geschichte des Reiches, seiner Kolonien und der Welt angekommen. Er glaube, daß das Land auch in schwieriger Lage, welche erst die Eigenschaften und den Charakter eines Volkes auf die wahre Probe stelle, sich seiner zunehmenden Geschäfte nicht unwürdig zeigen würde.

Es wird jetzt eines hohen Maßes von Selbstbeherrschung in Südafrika bedürfen, um einen Konflikt vermeidlich zu machen. Die englische Presse stellt sich zum großen Teil auf die Seite des säbelrasselnden Ministers. Die „Times“ spricht das Vertrauen aus, daß das Land sich den Ausschreitungen Chamberlains angeschlossen werde, die er im vollen Bewußtsein des Ernstes der Lage gemacht habe; das Blatt stimmt Chamberlain darin zu, daß, wenn ein moralischer Druck seinen Zweck verfehlen sollte, das Land darauf dringen werde, daß man ein anderes Mittel zur Lösung der Frage ausfindig mache. — „Standard“ schreibt: Die Rede Chamberlains war einfach, entschlossen und unzweideutig; der gegenwärtige Zustand ist zu gefährlich und lästig, als daß er noch auf unbestimmte Zeit verlängert werden könnte.

London, 27. Juni. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Kapstadt gemeldet: In amtlichen Kreisen ist hier absolut nichts bekannt von einer angeblichen Bereitwilligkeit der Regierung der Südafrikanischen Republik, das Stimmrecht nach sechs-jährigen Wohnsitz im Lande mit rückwirkender Kraft zu bewilligen und die Naturalisationsklausel zu streichen.

Belgien.

Die Protestbewegung gegen das Wahlgesetz ist in vollem Gange. Einer sehr anschaulichen Brüsseler Korrespondenz der „Sof. Jg.“ vom 26. Juni über die Protestbewegung der Socialisten und die Vorsicht des Königs dieser gegen-über entnehmen wir die folgenden Mitteilungen: König Leopold war gestern früh eigens aus Ostende nach Brüssel gekommen, um die große Ausstellung der Jugendfestspiele Belgiens im Parc du Cinquantenaire zu besuchen. Es waren großartige Vorsichtsmaßregeln getroffen, um den König Leopold vor Kundgebungen zu schützen; in jenem Parc waren Gendarmerie und Polizei massenhaft verammelt. In jedem Polizeiamte war ein Teil der Polizei konsigniert und 50 reitende Gendarmen standen im Stadtcirkus bereit. Der König traute aber dem Frieden nicht, blieb im Laekener Königsschloß, betrat weder Brüssel noch die Ausstellung und entging damit den Kundgebungen, die um so böser in dem zwischen dem Brüsseler Königsschloß und dem Kammerpalaste belegenen Stadtpark ausbrachen. Der Parc war, wie immer, von einer großen Menschenmenge besetzt, die der Musikaufführung der Guindapelle lauschte. Gruppenweise waren Socialisten aufgetaucht, rings um den Parc herum waren gedruckte sozialistische Ausrufe zum energischen Widerstande gegen das Wahlgesetz verteilt worden. Eben hatte die Kapelle ein Stück gespielt, da erschienen hunderte Socialisten vor dem Kiole, stimmten die „Marxellaise“ und „Garmagnole“ an und riefen: „Nieder mit dem Papierlönige! (Roi de Carton) Entlassung! Entlassung! Es lebe die Republik! Nieder mit den Betrügern! Nieder mit den Pfaffen! Die Gendarmerie und Polizei! Nieder mit der Kundgebung! Bind belommen hatten, eilten in Massen in den Parc hinein, schlossen die Hauptthore und trieben die Menschenmenge aus dem Parc hinaus. Zugleich wurde die neutrale Zone besetzt. Vor dem Parc standen ungeheure Menschenmassen. Nach einer Stunde wurden die Parkthore wieder geöffnet, die Musik begann aufs neue. Dieselben sozialistischen Kundgebungen! Jetzt aber wurde der Socialist Bergmans von zwei Hüfnengehalten auf die Schulter gehoben und hielt eine glühende Anrede an die Bürger Brüssels. „Wollt Ihr dulden, daß dieses neue Schandgesetz des Ministeriums durchgeht? Ein tausendstimmiges Nein ertönte durch den Parc.“ „Nieder, Etern, schreibt Euren in der Arme stehenden Söhnen die wahre Lage und kämpft alle mit uns in den Straßen für unser Recht!“ „Nieder mit dem Ministerium! Nieder mit den Pfaffen und Betrügern! Entlassung! Es lebe die

Revolution! Es lebe das allgemeine Stimmrecht! Brause es aus tausenden Röhren. Die Polizei eilte hinzu, trieb übermüdet die Masse aus dem Park hinaus, und die Sozialisten zogen, circa 1000 Mann stark, die Marschallstraße stehend, nach dem Volkshaus, in dem die heftigsten Reden gehalten wurden. Socialist Elbers erklärte dabei, daß, wenn der König die Pferde-Kutschung befehlet hätte, ihm eine scharfe Kugel nicht erspart geblieben wäre, er muß aber sein Schweigen Rücksicht dem Volke geben. In Lüttich und Brüssel kam es gestern auch zu heftigen Kundgebungen. Der König ist noch gestern morgen nach Ostende zurückgekehrt.

In der Kammer.

Brüssel, 27. Juni. Die Sozialisten verursachten in der heutigen Kammer Sitzung bei Beratung der Wahlgeseh-Vorlage einen ungeheuren Tumult. Der Socialist Demblon beschuldigte die Regierung, aus Dieben zusammengesetzt zu sein und nannte das Gesetz einen mit bewaffneter Hand ausgeführten Diebstahl. „Ziehen Sie die Vorlage zurück“, rief er den Ministern zu, „sonst wird sie durch die Revolution fallen“. Die gesamte Rechte erhob sich und verursachte mit dem Pulverdecken einen unbeschreiblichen Lärm. Demblon fuhr fort, indem er eine lechte Warnung an die Armee und den König richtete. Der Socialist Finch forderte die Kammer auf, zu erklären, weshalb sie den Bürgern verweigere, sich mit ihren Abgeordneten in den Wandelgängen der Kammer zu unterhalten. „Wir wollen nicht, daß dies Gesetz mit Hilfe der Bajonette durchgeführt werde.“ Der Tumult wurde immer größer, und der Präsident konnte die Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten. Die Linke und die Rechte standen sich mit geballten Fäusten gegenüber. Bandenwölfe brachten eine Tagesordnung ein, worin er die Kammerkassierer tabelt. Der Präsident hob insolge des hierdurch anwachsenden Tumultes die Sitzung auf und ließ die Militärpolizei auf den Tribünen verdoppeln. Die Sozialisten zogen sich darauf, die Marschallstraße stehend, zurück. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wollte der liberale Abgeordnete Rentein mit der Beratung des Budgets der Justiz beginnen, aber die gesamte Linke stimmte dem Gesang der Marschallstraße an, die von den Aulen: „Demission! Demission!“ zeitweise unterbrochen wurde. Die Minister gerieten in große Aufregung. Die Abgeordneten der Linken setzten den ungeheuren Lärm unentwegt fort und sangen das Lied: „O Vandenpoereboom!“ Auch auf den Tribünen herrschte große Aufregung. Auf der Straße haben sich dicke Menschenmassen angehäuft, welche erwarten, daß auf der Straße die Manifestationen fortgesetzt werden. Für heute Abend werden Massenkundgebungen erwartet. Die Sozialisten werden ihren Abgeordneten nach der Sitzung große Ovationen darbringen. Die Polizei ist konzentriert.

Gegen Ende der Kammer Sitzung warf der Socialist Vanderveelde dem Präsidenten und dem auf der Tribüne sprechenden liberalen Abgeordneten Rentein in Papiermäule ins Gesicht. Die Aufregung erreichte hierdurch ihren Höhepunkt. Der Präsident verließ seinen Sitz und hob die Sitzung auf. Die Linke schrie: „Wir bleiben hier!“ Das Bureau erteilte sodann Befehl, die Tribünen zu räumen. Mehrere Journalisten weigerten sich, ihre Plätze zu verlassen, weil noch Abgeordnete im Saale anwesend wären. Als der letzte Abgeordnete der Rechten den Saal verließ, schrien die Sozialisten: „Es lebe die Republik!“ Die Sozialisten wollen diese Obstruktionen bis zum 6. Juli, dem Tage, wo die Debatten über die Wahlreform fortgesetzt werden, fortsetzen. Es hat den Anschein, als ob die Sozialisten heute im Parlamentsgebäude ein Meeting abhalten wollen.

Italien.

Der Staatsstreich ist doch nicht so leicht zu machen, wie die Regierung sich einbildete. Das Dekret zu erlassen, welches mit einem Federstich das Vereins- und Versammlungsgesetz und die Pressefreiheit für Italien aufhebt, — das war eine Kleinigkeit. Aber wie soll dem Dekret Gesetzeskraft gegeben werden? Das ist die schwierige Frage. Die Regierung will diese Gesetzeskraft sofort, allein hier stellt sich ihr die Kammer entgegen. So soll ein Mittelweg versucht werden: Gesetzeskraft vorbehaltlich der späteren Zustimmung der Kammer. Das hat aber keinen Sinn. Die vorbehaltliche Gesetzeskraft ist gerade so ungeschicklich, ein ebenso flagranter Verfassungsbruch wie nicht vorbehaltliche. Und von zwei Dingen eins: entweder erteilt die Kammer nachträglich ihre Zustimmung — dann war der Verfassungsbruch gegenstandslos, also überflüssig, unsinnig. Oder die Kammer erteilt die Zustimmung nicht, und dann ist der Verfassungsbruch offen und ellatant, und der Vorbehalt war gegenstandslos, überflüssig, unsinnig.

Kurz die Regierung hat ohne ausreichendem Grund und ohne genügende Ueberlegung einen Schritt gethan, der die schwersten Folgen für sie selbst und für ganz Italien haben kann, ja haben muß. Die Regierung ist auch, durch die äble Aufnahme, die ihr Vorgehen gefunden hat, augenscheinlich erschreckt. Weil sie der Kammer nicht recht traut, wollte sie erst vom Senat die Bestätigung der Dekrete einholen. Das erregte aber einen neuen Sturm der Entzweiung — die Kammermitglieder wurden wild, und jetzt läßt die Regierung durch den „Popolo Romano“ erklären, sie denke nicht daran, erst den Senat zu befragen, sondern die Kammer. Dieses Schwanken vermehrt natürlich nicht das Ansehen der Regierung.

Spanien.

Die Ausschreibung neuer Steuern

hat in ganz Spanien erste Bewegungen hervorgerufen. Ueber die Demonstrationen in Madrid haben wir schon berichtet. Auch in Saragossa kam es zu lebhaften Kundgebungen. Vor dem Gouvernement bildeten sich Gruppen, welche Aufse gegen die Steuerpläne ausstießen und alle Schelben zerschmetterten. Als der Gouverneur das Gebäude verlassen wollte, wurde er mit einem Steinhaapel empfangen. Ein Individuum schoß auf den Gouverneur. Ein anderer wollte ihm einen Messerstich versetzen. Die Demonstranten zündeten die Thür des Jesuitenkollegs an und wollten andere Gebäude und Kassen stürzen. Daher wurde der Belagerungszustand verhängt. Kavallerie verjagte die Menge zu zerstreuen. Es fanden verschiedene Verwundungen und Verhaftungen statt. In Sevilla wollten die Manifestanten den Militärposten schließen. In Murcia und Valencia fanden ebenfalls einige Ausschreitungen statt. Ueber Valencia wurde ebenfalls der Belagerungszustand verhängt. Gruppen von Demonstranten bewarfen die Gendarmen mit Steinen, die nun von der Waffe Gebrauch machte. — Weiter wird gemeldet:

Madrid, 27. Juni. In Granada fanden gestern ebenfalls Kundgebungen statt, wobei einige Personen verletzt wurden. In Saragossa sind bei den gestrigen Ausschreitungen 17 Personen schwer verwundet worden. Auch in Burgos, Logrono und Toledo haben Kundgebungen stattgefunden.

Der Ministerpräsident Silvela erklärte in der Deputierten-Kammer, die Regierung sei entschlossen, jede Störung der öffentlichen Ruhe streng zu bestrafen; wenn nötig, werde über ganz Spanien der Belagerungszustand verhängt werden. —

Türkei.

Serbisch-türkischer Konflikt. Konstantinopel, 26. Juni. Infolge der Nachrichten, daß die serbische Grenzbesatzung nicht gänzlich zurückgezogen worden sei, wurden von türkischer Seite zwei Bataillone an die Grenze vorgehoben und die Division in Mostar angewiesen, nötigenfalls Verstärkungen an die Grenze zu entsenden. Andererseits wurde den Befehlshabern an der Grenze strengstens aufgetragen, Provokationen durch Albanesen sowie Verletzungen der serbischen Grenze zu verhindern. Der serbische Geschäftsträger teilte den Botschaftern mit, daß die Kommission zur Untersuchung des jüngsten Zwischenfalles festgestellt habe, daß von Albanesen und türkischen Truppen eine grobliche Grenzverletzung begangen worden sei. —

Weiter wird vom 27. aus Konstantinopel berichtet: Der serbische Geschäftsträger Christif Aberreichte heute Nachmittag dem Minister des Auswärtigen Tewfik Pascha eine Note seiner Regierung, welche über das Circulaire der Pforte an die hiesigen Botschaften betreffend die jüngsten Vorfälle an der serbisch-türkischen Grenze sowie über die von hiesigen Blättern veröffentlichten Auszüge aus dem Circular Erstaunen ausdrückt. Die Note führt aus, dies Erstaunen sei berechtigt, weil alle nach und nach eingetroffenen Berichte die Mitschuld türkischer Soldaten an der Verletzung des serbischen Territoriums unwiderleglich feststellen, weshalb denn auch der von Serbien an die Pforte feierlich gerichtete Protest aufrecht bleibe und weder der König von Serbien noch die serbische Regierung eine Ursache habe, der Pforte Bedauern auszudrücken. Thatsächlich habe denn auch weder der König an den Sultan telegraphiert, noch der Leiter des serbischen Ministeriums des Auswärtigen dem türkischen Gesandten in Belgrad sein Bedauern ausgedrückt. Ein derartiger Vorgang sei geeignet, die durch die Grenzverletzung geschaffene Lage zu verschlimmern. Die serbische Regierung, welche auf gute Nachbarschaft mit der Türkei Gewicht lege, hege das Vertrauen, es werde eine Untersuchung eingeleitet werden, um die Quelle der falschen und tendenziösen Nachrichten zu entdecken.

Diese Sprache der serbischen Diplomatie fängt ja an, beinahe kriegerisch zu klingen. —

Partei-Nachrichten.

Internationale Sympathie Kundgebung. Der Bezirk North Kensington (London) des Independent Labour Party nahm in einer Versammlung folgende Resolution an:

„Die Versammlung gratuliert und beglückwünscht die deutschen Genossen zu der Ablehnung der ersten Lesung der Zuchtstrafgesetze. — Die Koalitionsfreiheit lebe hoch!“

Kanal-Kommission.

In der Kanal-Kommission des Abgeordnetenhauses wurde am Dienstag die Generaldebatte über die Kompensationen fortgesetzt. Vorher erklärte Geh. Rat Schuyber: Bezüglich des Vergleichs der Eisenbahn- und der Kanal-Verhältnisse sei es falsch, die Ausnahme-tarife der ersteren zu Grunde zu legen. Abgesehen von Ausnahmefällen sei der Kanaltransport immer billiger als der Eisenbahntransport. Abg. Wallenborn (C.) begründet seinen Antrag, die Regierung möge der Kommission genauere Aufschlüsse geben 1. über die Forderungen, welche die luxemburgische Regierung als Requisition für die Mosellanalstation gestellt hat, sowie eine Uebersicht über die finanzielle Wirkung dieser Forderungen, soweit sie Tarifermäßigungen betreffen; 2. eine Uebersicht über die voraussichtliche Wirkung der von den Saarprovinzen verlangten Tarifermäßigungen. Ministerialdirektor Müllhausen: Die luxemburgische Regierung hat nicht im einzelnen angegeben, welche Tarifermäßigungen sie verlangt. Darum war eine bestimmte Antwort nicht möglich. Die Saar-Industrie wird durch den Rhein-Elbe-Kanal nicht schlechter gestellt als bisher. Die Zahn-Industrie hegt unbegründete Befürchtungen. Die Sieg-Industrie kann heute kaum so viel produzieren, als sie liefern soll. Sollten später Ueberschüsse eintreten, so wird für Abhilfe gesorgt werden. — Der Vorsitzende v. Guernon weist auf die immer wachsende Fülle der Anträge und Petitionen hin. Wenn das alles erledigt werden solle, müßte die Kommission sich auf Jahre in Permanenz erklären. Abg. Letocha (C.) kommt auf den Vorschlag Elbers, auf Einsetzung von Subkommissionen zurück. Drei solcher Subkommissionen würden genügen. Abg. Dr. Reiboldt (fr.) hält für notwendig, daß zuerst alle Kompensationsforderungen kurz vorgebracht werden. Abg. Herold (C.): Ein Teil der vorgebrachten Wünsche seien keine wirklichen Kompensationen, aber dennoch müßten alle Wünsche geprüft werden, um festzustellen, ob dieselben als Kompensationen zu betrachten seien. Redner verlangt, daß vor der Verabschiedung der Kanalvorlage die Kommission an die Provinz Westfalen, betreffend die Lippe-Kanalisation erteilt würde, ebenso müßte die Kompensation für Oberhesseln vorher beschlossen werden. Die Regierung um einige Monate könne nicht maßgebend sein. Ganz allgemein sei zu fordern, daß für die Landwirtschaft, die jedenfalls keinen besonderen Vorteil von dem Kanal habe, in erhöhtem Maße durch Eisenbahnbau, Zollreform u. dergl. gesorgt werde. — Inzwischen ist von den Abgeordneten Elbers (C.) und Genossen folgender Antrag eingebracht: „Für Ausgleichung der durch den Bau des Mittelland-Kanals geschaffenen Nachteile werden für notwendig erachtet: A. 1. Kanalisierung oder Verteilung der oberen Weser, so daß 600-Tonschiffe ungehindert darauf verkehren können, 2. Bau eines Umschlaghafens in Hörter, 3. Bau einer normalspurigen Eisenbahn von Steinheim nach Brackel und Warburg, B. Tarifermäßigung für die Montanindustrie im Siegerland und dem Sauerland, sowie Anschluß des Montanindustriengebietes durch Eisenbahnen, C. Bau eines Stichkanals vom Mittelland-Kanal bezw. Dortmund-Ems-Kanal nach Diefeld bezw. dem Senne-Lager bei Haberdorn.“ Dr. Reiboldt verlangt, daß die Regierung die Kompensationsforderungen nochmals ermäge und eine neue definitive Erklärung abgeben möge. Die Auffassung, daß im Parlament aus egoistischen Motiven die Kanalvorlage bekämpft werde, sei entschieden zurückzuweisen. Das Parlament sei aber nicht in der Lage, die von der Regierung anerkannten Kompensationen für Schlesien in dieser Session genügend zu prüfen. Mühen nicht den anderen Landesteilen ähnliche Ermäßigungen bewilligt werden? Abg. Schwarz (C.) hält die Situation für genügend klar, um bald zur Entscheidung zu kommen. Redner begründet hierauf den vorher mitgeteilten Antrag Elbers als notwendig für die Interessen Westfalens. Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Die Kompensationen für die Lippe sind nicht mehr berechtigt, als die für viele andere Gegenden. Auch die Sieg, Saar, Mosel, ferner das sächsische Braunkohlenrevier würden stark leiden und müßten berücksichtigt werden. Jetzt bewährte sich offenbar, was die Kompartitionen von Anfang an ausgesprochen, daß die vielen und großen Verchiebungen, welche der projektierte Mittelland-Kanal bedinge, die Annahme der Vorlage unmöglich mache. Abg. Racco (nat.) hält es für unmöglich, alle die verschiedenen Anforderungen eingehend zu berücksichtigen. Die Kommission müßte dann mindestens zwei Jahre sitzen. Der Bezirk, den er vertritt (Wittgenstein-Siegen), würde Nachteile durch den Kanal haben, dennoch sage er, Preußen kann den Kanal nicht länger entbehren. Die Provinz Schlesien sei schon jetzt bezüglich der Tarife erheblich bevorzugt und sollte um so weniger aus der Kompensation eine Nachfrage machen. Die Regierung hätte sich überhaupt auf Kompensationsverhandlungen gar nicht einlassen sollen. Abg. Letocha (C.) behält die Schädigung speziell Schlesiens für so bedeutend, daß es Kompensationen verlangen müsse, ebenso auch andere Gegenden. Die Kompensationen müßten auf solche Schädigungen beschränkt werden, die in ursächlichem Zusammenhang mit dem Mittelland-Kanal stehen. Er beantrage, alle anderen Forderungen von der Diskussion auszuscheiden. Abg. v. Hülendorff (L.) erklärt die Kompensationsansprüche Pommerns für voll berechtigt. Abg. Wallbrecht (nat.) polemisiert mit Schärfe gegen die kanalgegnerrischen Vorredner. Finanzminister v. Biquel: Er wisse nicht, worüber sich die Regierung noch erklären sollte. In diesem Wirrwarr müsse man zu sonderbar suchen. Abg. Racco habe selbst die Kompensationspolitik eingeleitet. Der Provinz Schlesien gebühre eine Ausnahmeleistung, die keineswegs alle anderen Provinzen zu Forderungen berechtige; nur weil gewisse Gegenden den Kanal haben, wollen auch sie etwas haben. Diesen Forderungen müsse die Regierung entgegenreten. Betreffs Stettin bilde der Großschiffahrtsweg nach Berlin nicht eine Kompensation für den Mittelland-Kanal, sondern für den Nord-Ostsee-Kanal und Elbe. Alle die vorgebrachten Wünsche seien der Regierung längst bekannt, manche davon seien berechtigt und würden nach Möglichkeit von der Regierung im Laufe der Jahre berücksichtigt werden. Der Minister sieht keinen Nutzen in der weiteren Beratung aller möglichen Kompensationen. Nur aus Respekt vor der Kommission werde die Regierung

Rede und Antwort stehen. — Nach Ablehnung eines Schlußantrages tritt Abg. v. Riepenhausen (L.) sehr lebhaft für ausführliche Behandlung aller Forderungen, und insbesondere des schwer geschädigten Pommerns ein. — Darauf wird die Generaldebatte und die Sitzung auf Mittwochvormittag 9 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In dem nun beendeten Ausstände im Baugewerbe wird einer Lokalkorrespondenz von „sachkundiger Seite“ geschrieben: Von dem vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts geschlossenen Vergleich scheinen weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer befreit zu sein. Ueber die Vorgänge in den Kreisen des Arbeitgeberbundes sind bisher sichere Nachrichten nicht in die Öffentlichkeit gedrungen. Dagegen ist es bekannt geworden, daß es den Leitern der Arbeiterbewegung nur unter Einsetzung ihrer ganzen Autorität möglich geworden ist, die Annahme des Ausgleichs in der Versammlung der Maurer durchzusetzen. Hiernach kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß das Einigungsamt mit großer Sachkenntnis und richtigem Kalte die Grenze erkannt hat, auf der eine Begegnung der streikenden Parteien noch möglich war. Unter diesen Umständen sollten die Interessenten alles vermeiden, was irgend geeignet ist, die eben besänftigten Wesen wieder aufzurühren und sich stricke an den geschlossenen Ausgleich halten. Insbesondere sollten die Arbeitgeber es vermeiden, mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises nach dem Muster der Metall-Industriellen, überhaupt eines Arbeitsnachweises ohne Zuziehung der Arbeiter in über-eilter Weise vorzugehen. Es könnte sonst leicht eintreten, daß die eben wieder aufgenommenen Bauarbeit durch Ausstände — nicht der Maurer, die sich durch den geschlossenen Vergleich gebunden erachten, sondern der Zimmerer, Kupfer- und sonstigen Bauarbeiter, in deren Kreisen ohnehin genug Hindernisse angehäuft sind — wieder lahmgelegt wird. Man sollte lieber den Versuch machen, auch mit diesen Klassen der Bauarbeiter auf einer verständigen Grundlage zu einem dauernden Frieden zu gelangen. Die Friedensstifter im Maurerausstande dürften trotz aller Angriffe, die sie wegen des von ihnen vermittelten Ausgleichs erfahren haben, in Erkenntnis der Bedeutung der vorliegenden Frage sich auch dieser Vermittlung nicht entziehen können.“

Die Tapezierer der Firma Kimbel u. Friedrichsen, Porststraße, sind wegen Lohnhöhdifferenzen in den Ausstand getreten.

In der Gesellenauswahl zur Bäckerei „Germania“, die gestern vollzogen wurde, drang die Kandidatenliste der Lohnkommission ohne weitere Schwierigkeiten glatt durch, indem Gegenkandidaten überhaupt nicht aufgestellt waren.

Niedorf. Heute Abend wird im Apollo-Theater eine Gewerkschafts-Versammlung abgehalten, in der die Beschuldigungen zurückgewiesen werden sollen, die Steinmetzmeister Otto in der Stadtverordneten-Versammlung gegen die Steinmetz erhoben hat. Regere Beteiligung an dieser Versammlung erwartet der Vertrauensmann der Gewerkschaften.

Deutsches Reich.

Die Schmelze in Magdeburg befindet sich in einer Lohnbewegung. Da die dortigen Samiedemeister in auswärtigen Blättern Wesen suchen, so sei hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß die Meister die ganz bestehenden Forderungen der Gesellen rundweg abgelehnt haben und daß der Streik nach Ablauf der Ründigungsfrist am 3. Juli beginnt.

Die Zimmerer in Frankfurt a. M. beschließen, in einen Streik einzutreten. Ebenso beschließen die Zimmerer in Elberfeld-Barmen.

Die Streik der Maurer sind in eine Lohnbewegung eingetreten und bitten deshalb, den Zugang fernzuhalten. Forderungen sind gehobene Arbeitszeit und 25 Pf. Stundenlohn.

Konferenz gewerkschaftlicher Organisationen im Ruhrrevier. Eine vom Gewerkschaftsrat Eilen nach Wülheim (Ruhr) einberufene Konferenz der gewerkschaftlichen Organisationen aus dem Ruhrrevier tagte Sonntag den 25. Juni. Die Zahlstellen der Centralverbände sowie die örtlichen Gewerkschaftsverbände hatten 83 Delegierten entsandt, die für 20 000 organisierte Arbeiter 93 Mandate vertraten. Als Vertreter der General-Kommission war E. Bogien, Hamburg, anwesend. „Wie haben wir die Organisation im Ruhrrevier?“ war der Hauptpunkt der Tagesordnung. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß wegen der besonderen Verhältnisse auch besondere Maßnahmen getroffen werden müßten, solle die Organisation Bedeutung erlangen. Beschlossen wurde die Einsetzung einer aus sieben Personen bestehenden Agitationskommission für das ganze Ruhrgebiet. Die Agitationskommission, als deren Spitze ein besoldeter Beamter in Aussicht genommen ist, soll die Referentenfrage regeln durch planmäßige Heranbildung und Ausbittung der dazu befähigten einheimischen Personen. Flugblätter, die eventuell in verschiedenen Sprachen zur Verbreitung gebracht werden, soll die Kommission ausarbeiten, sowie fortgesetzt die Arbeiterpresse mit Berichten gewerkschaftlicher Natur, sowie Notizen sozialpolitischen Inhalts bedienen. Sodann erklärte sich die Konferenz dahin: Die örtlichen Gewerkschaftsverbände haben sich zur Aufgabe zu machen die Errichtung von Arbeitersekretariate, zunächst aber deren materielle Grundlage zu sichern. Einstimmig angenommen wurde sodann eine längere Resolution, in der unter Darlegung der Gründe gegen das Zuchtstrafgesetz Protest erhoben und alle das Koalitionsrecht behindernde Maßnahmen verurteilt werden. Die Resolution wird dem Reichstags übermitteln. Mit einem kräftigen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Konferenz, die jedenfalls fruchtbar wirken wird.

Ausland.

Vom Textilarbeiter-Streik in Brünn teilt die „Wiener Arb.-Zeitung“ mit, daß am Montag die Streikenden vor Aufnahme der Arbeit erst nochmals im Arbeiterheim in Brünn zusammenkommen und nach der Versammlung dann in die Fabriken zogen. Nun aber, so schreibt unser Wiener Partei-Organ, trat ein überraschender und höchst bedauerlicher Zwischenfall ein. Aus einer Anzahl Fabriken kamen die Arbeiter ins „Arbeiterheim“ zurück mit der Meldung, die Fabrikleitungen haben ihnen allerlei sonderbare Dinge verhängt: es werde wieder von 8 bis 6 Uhr gearbeitet werden (?), es würden die Pausen wegfallen (L), kurz Dinge, die direkt mit den Abmachungen im Widerspruch stehen. Das Streikkomitee trat sofort wieder zusammen. Die Differenzen betreffen hauptsächlich die Spinnereien. In der großen Kammergarnspinnerei ist schon Ordnung gemacht. Die Genossen Hueber und Czoch verfügten sich zur Direktion und beseitigten die Mißverständnisse, so daß dort um 1 Uhr nachmittags die Arbeit definitiv aufgenommen wird.

Die Mißverständnisse werden dadurch hervorgerufen, daß das Permanenzkomitee der Fabrikanten eine Räumung erteilt, worin die Abmachungen abweichend vom offiziellen Text wiedergegeben werden.

Koch glaubt man, daß es sich um einen Irrtum handelt, und kann nicht glauben, daß ein unerhörter Wortbruch vorliegt. Die nächsten Stunden werden Aufklärung bringen. Die Genossen Hueber und Czoch haben sich zum Statthalter verfügt, der heute vormittag von Jglau zurückkommt, und hoffen, daß er, unter dessen Vorsitz und Garantie der Frieden zu stande gekommen, ihn auch durchzuführen wissen werde. Die Erregung ist eine ungeheure.

Die Massenaußsperung in Dänemark.

Die dänischen Geistlichen und die Arbeiterauspersung. Wir haben berichtet, daß dem Pastor Koch von den Arbeiterevereinen seines Distrikts ein Tadelbottum erteilt worden war, weil er es gewagt hatte, den Sammlungsaufruf der Arbeiter zu unterschreiben. Dieses Tadelbottum schritt dem Koch die Geistlichen etwas aufgeschauert zu haben. So schreibt ein Geistlicher mit seinem vollen Namen im Betscheit „Volksblatt“, das Aufreten der Arbeiter gegenüber Pastor Koch sei ein neuer Ausbruch des alten Kapitalistenhohnes und Selbsthohnes, der eine große Beschränkung

heit" verrät, der jene Arbeitgeber entgegenstehen sollten, die keine unehrenhaften Mittel im Kampfe wählten. — Und ein zweiter Pastor in einem Provinzort hat sich bei einer Versammlung mit noch schärferen Worten ausgesprochen und den Kampf einen „Bürgerkrieg“ genannt.

Vor allem aber haben die Kopenhagener Geistlichen, 58 an der Zahl, einen Protest veröffentlicht, in dem sie ebenfalls den Kampf einen „Bürgerkrieg“ nennen, der nicht nur gewaltigen materiellen Schäden verursacht, sondern namentlich auch moralischen durch die wachsende Verbitterung. Sie sagen zwar, sie wollen nicht entscheiden, wer an dem Kampfe die Schuld trage; aber da sie auffordern, den „Kampf nicht zu verlängern“ und da es nur die Arbeitgeber sind, die dieses wollen, so ist ihre Spitze offenbar gegen die Arbeitgeber gerichtet. Gleichzeitig aber sprechen sie in ihrer Erklärung aus: „Die Gesellschaftsentwicklung unserer Zeit fordert die kräftige Mitwirkung des Staates und das gute und gerechte Arbeitsgesetz gegeben und Institutionen geschaffen werden, die ordnend und vermittelnd eingreifen und die berechtigten Interessen und die individuelle Freiheit der Arbeitgeber wie der Arbeiter wahren.“ Die Regierung müsse mit einer socialen Gesetzgebung vorgehen, die eine friedliche Vortwärtswirkung möglich mache.

Die liberale dänische Presse antwortet auf den Wohlthätigungsverband des Arbeitgeber-Verbandes fast durchgängig mit überaus scharfen Artikeln. So schreiben „Politiken“ und „Danebrog“, daß die Arbeitgeber endlich mit der Ausperrung aufhören müßten. „Aftenbladet“, „København“ und „Køllens Avis“ erklären das Circular für eine Verleumdung des ganzen dänischen Journalistenstandes und vergleichen es mit der Verleumdung des Pfarrerstandes in dem Schreiben der Norddeutschen Reichs-Verleger. Uebrigens ist das Circular keine That des Geschäfts ausschusses, sondern im Arbeitgeberverein in der Generalversammlung offiziell beschlossene worden.

Die dänische Regierung warnt die Arbeiter, nach Deutschland zu gehen, da, so lange die Ausperrung währt, infolge eines Verichts des dänischen Generalkonsulats in Berlin sich gezeigt hat, daß sie nur in den seltensten Fällen Beschäftigung erhalten, aber in der Regel umherwandern, ohne Arbeit bekommen zu können und so der Not ausgesetzt werden.

Der Brief der dänischen Arbeitgeber an die deutschen Fabrikanten hat also Erfolg gehabt, das ist es, was die dänische Regierung hier in so kühlem Geschäftston konstatiert. Uebrigens setzen die dänischen Arbeitgeber in ihrem „mächtigen Patriotismus“ diese Kampfmethode fort. Neuerdings inserieren sie in deutschsprachigen Blättern Schleswigs, daß die dortigen Arbeitgeber keine dänischen Arbeiter annehmen möchten. Man muß nur bedenken, daß sie das in Blättern thun, die den Ausweisungen dänischer Unterthanen zugestimmt haben!

Der Schuhmacherstreik in Kopenhagen stand wieder nahe vor seiner Lösung, die aber daran scheiterte, daß die Meister die Beschlüsse ihrer eigenen Vertreter im Vermittlungsausschuss nicht anerkannten. Der Verhandlungsausschuss war extra eingesetzt, um zusammen die Vergleichsbedingungen auszuarbeiten, und diese waren dann von ihm einstimmig angenommen. Der Meisterverband lehnte aber den Vergleichsvorschlag ab, da die festgesetzten Löhne ihm zu hoch waren.

Das neue Ministerium in Frankreich

Hat in der Kammer Sitzung am Montag, über die bereits in voriger Nummer ausführlich berichtet wurde, einen vorläufigen Sieg errungen. Da die Kammer jedenfalls demnächst vertagt werden, so wird die Regierung bis zum Herbst Zeit haben, zu zeigen, ob sie trotz ihrer mehrwöchigen Zusammenziehung dem Lande nützliche Dienste leisten kann. Auf einen allzu langen Bestand dieser Regierung rechnet niemand, aber sie ist ja eigentlich auch nur geboren worden, um die Liquidation der Dreijahres-Wärfen durchzuführen.

Die Mehrheit, welche am Montag für das Kabinett stimmte, bestand nach Ausweis des amtlichen Sitzungsprotokolls aus 158 Radikalen, 26 Socialisten, 77 gemäßigten Republikanern und einem Mitglied der Rechten, die Minderheit aus 107 gemäßigten Republikanern, 39 Radicalen, 78 Monarchisten und Nationalen und einem Radicalen. Der Abstimmung enthielten sich 29 gemäßigte Republikaner, darunter die Männer der abgesetzten Regierung: Charles Dupuy, Krantz, Ribot, Lebret und Barthou, ferner 19 Socialisten, 13 Radikalsocialisten, 12 Radikale. — Die radikalen Blätter haben mit großer Gemüthsregung hervor, daß die gestrige Majorität aus rein republikanischen Stimmen bestehe und das Kabinett nun eine hinreichende Stütze in der Kammer habe, um sich längere Zeit zu behaupten. Gleichzeitig sprechen die Blätter Drifon ihren Dank aus, daß er durch seine Intervention zu Gunsten des Ministeriums die Republik gerettet habe. — Die nationalistischen Blätter erklären, das Ministerium habe seinen Sieg nur dem Umstande zu verdanken, daß in den Wandelgängen der Kammer das Gerücht verbreitet worden sei, der Sturz des Kabinetts werde den Rücktritt des Präsidenten der Republik herbeiführen.

Am Dienstag fand abermals eine **stürmische Sitzung der Deputiertenkammer** statt. Der Vizepräsident Maurice Faure führt den Vorsitz. Déroulède bringt einen Antrag ein auf Revision der Verfassung, der bezweckt, an Stelle der parlamentarischen Republik eine plebisitarische zu setzen. Déroulède verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau spricht sich gegen die Dringlichkeit aus und verlangt die Verweisung des Antrages an die Kommission. (Widerpruch rechts.) Déroulède verlangt das Wort. Der Präsident vertweigert ihm dieses. Laflotte wirft Waldeck-Rousseau vor, mit Schlägen vorzugehen. (Heftiger Widerpruch auf der Linken; Tumult.) Mehrere Redner versuchen jetzt zu sprechen, können sich aber inmitten des Lärmes kein Gehör verschaffen. Der Präsident, der nicht im stande ist, die Ruhe wiederherzustellen, bedeckt sich schließlich und erklärt den Präsidentenentscheid. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Dringlichkeit für den Antrag Déroulèdes mit 397 gegen 70 Stimmen abgelehnt. (Beifall links.)

Der Friedensschluß im Baugewerbe Berlins und die Baumeister Deutschlands.

Am Dienstag tagte im Architektenbause der Kongreß von Vertretern des deutschen Bauarbeiterverbundes, welcher belanmtlich vom Berliner Bunde der Unternehmer in Maurer- und Zimmergewerbe schon während des Kampfes einberufen worden ist, zu dem Zwecke, für die Ausdehnung der Ausperrung der Maurer über ganz Deutschland Stimmung zu machen.

Der Referent, Baumeister Feliß, führte unter anderem aus: Es seien hier aus 57 Orten Deutschlands Delegierte erschienen. Dieselben könnten wohl fragen, warum sie heute noch nach Berlin eingeladen worden seien, nachdem schon am Sonnabend der Friede geschlossen worden ist, sie könnten weiter fragen, warum man mit dem Friedensschlusse nicht bis nach diesem Kongresse gewartet habe. Man möge dem Redner eine Antwort auf diese Frage erlassen. Er habe nicht geglaubt, daß es schon am Sonnabend zum Friedensschlusse kommen werde, die Unternehmer könnten sich aber freuen, daß der Friede zu stande gekommen ist. Redner ist überzeugt, daß es nicht zum Frieden gekommen wäre, wenn dieser Kongreß nicht vorher einberufen worden wäre. Der Friede sei ehrenvoll für beide Parteien. Wesentlich sei es, daß die Gesellen für jetzt nichts erreicht haben, und ihnen die geforderte Lohnerhöhung erst für die Zukunft zugestimmt sei. Das wesentlichste aber sei die Schaffung der aus Vertretern beider Parteien bestehenden Wächter-Kommission. Die Unternehmer würden strenge darauf achten, daß ihrerseits der Friede gehalten werde, sie hoffen auch, daß die Arbeiter das gleiche thun werden. Sollten die Friedensbedingungen von der einen oder anderen Seite nicht gehalten werden, dann werden wir diejenigen, welche den Frieden brechen, öffentlich ins Unrecht setzen. Die Unter-

nehmer müßten die Herrschaft im eigenen Hause, welche ihnen die Arbeiter seit Jahren freitig gemacht hätten, wiedergewinnen. Redner schloß mit den Worten: Daß der Friede ein dauernder sein möge, das gebe Gott!

Baumeister Döbler betonte, man müsse der starken Organisation der Arbeiter gegenüber eine kräftige Organisation der Unternehmer schaffen. Das sei die beste Gewähr des Friedens. Zeichner Dresden betauerte, daß viele Unternehmer aus Furcht sich von dem Bunde fernhalten, weil es zu viel koste. Weiter sprach der Redner davon, daß der Terrorismus der Socialdemokratie gedrohen werden müsse und meinte, der Berliner Bund habe, indem er mit den Arbeitern Frieden schloß, zu voreilig gehandelt und dadurch dem deutschen Bunde geschadet. (Großer Beifall.) Adams-Berlin rechtfertigte die Annahme der Einigungsbedingungen mit Rücksicht auf die Berliner Verhältnisse und die öffentliche Meinung, mit der man nun einmal rechnen müsse. Bodhard-Gotha und Hertel-Breslau tadelten gleichfalls, daß der Friede ohne Zustimmung dieses Kongresses voreilig geschlossen worden sei. Westphal-Steglich bemerkte, der Berliner Bund sei noch nicht so fest gefügt, daß er den Kampf bis zum äußersten hätte treiben dürfen. Es gelte jetzt, im Frieden an den Kampf gerüstet zu sein. Maurer-Stuttgart bekräftigte die Einführung von Entlassungs-scheinen, ohne die kein Bundesmitglied einen Arbeiter einstellen dürfe. Im übrigen billigte der Redner den Friedensschluß in Berlin. Hierauf wurde folgende, vom Baumeister Feliß eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

In dem jetzt beendeten baugewerblichen Lohnkampfe in Berlin hat sich das Vorhandensein eines deutschen Arbeiterverbundes für das Baugewerbe als außerordentlich segensreich erwiesen und ist es daher Aufgabe aller Bauarbeiter in Deutschland, sich überall da, wo solche Vereinigungen noch nicht bestehen, zusammenzuschließen, welche als Mitglieder dem deutschen Arbeiterverbunde für das Baugewerbe beizutreten haben, denn nur durch eine kraftvolle Vertretung des gesamten deutschen Baugewerbes wird künftig der Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufrecht zu erhalten sein.

Hertel-Breslau und andere Delegierte beantragen eine Resolution an den Reichstag, worin die Vermittlung es tief bedauert, wenn die Gesetzvorlage zum Schutz des Arbeitsverhältnisses (Budgethausvorlage) vom Reichstage abgelehnt werden sollte.

Baumeister Feliß empfahl den Antrag und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Vorlage, wenn nicht in der gegenwärtigen, so doch in einer anderen Form angenommen werden möge.

Der Antrag Hertel fand einstimmige Annahme. Hierauf wurde der Kongreß mit einem Hoch auf Herrn Feliß geschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Die gefestigte Versammlung von Connecticut hat einstimmig ein Gesetz angenommen, welches den Frauen das Gemeindegewaltrecht zugesichert. Es ist allerdings an einen Besitz geknüpft und nicht für Arbeiterinnen bestimmt. Es dürfen nur die „Bürgerinnen“ wählen, welche 100 Dollar eignen Besitz haben oder ein schuldenfreies Vermögen von 300 Dollar.

Eine Frau als Gefängnisarzt. Die Behörden von Cook County in Illinois haben beschlossen, dem Ansuchen des Frauenclubs nachzulassen und eine Ärztin anzustellen, welche die weiblichen Gefangenen im Gefängnisse besuchen soll.

Unternehmer-Verbände.

Die Unternehmer der Hafenorte Bremerhaven, Geestemünde und Lehe haben einen Verband gegründet, dessen Zweck in den §§ 1, 2 des Statuts wie folgt angegeben wird:

Der Verband bezweckt, die Interessen der Arbeitgeber gemeinsam zu vertreten gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer und deren „unberechtigten“ Forderungen.

Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes soll in erster Linie die Verpflichtung dienen, daß kein Mitglied des Verbandes streikende, wegen Streiks entlassene, oder in Ausperrung befindliche Arbeiter eines anderen Verbandesmitglied beschaftigen oder unterstützen darf. Im Falle eines eingetretenen Streiks hat das davon betroffene Mitglied die Namen sämtlicher Arbeiter sofort dem Vorstande schriftlich zu melden. Der Vorstand hat diese Arbeiterlisten auf dem schnellsten Wege den übrigen Verbandmitgliedern mitzuteilen. Ist ein solcher Arbeiter irrtümlich von einem Mitgliede angenommen, so ist derselbe sofort wieder zu entlassen, resp. zu kündigen. Außerdem soll es dem Vorstande überlassen sein, weitere geeignet erscheinende Mittel zur Erreichung des im § 1 ausgesprochenen Zweckes zu treffen.

Als ein Verband zur Verhinderung Arbeitswilliger an freiwilliger Arbeit.

Sociales.

Arbeiterisiko in der Seefischerlei. Dem soeben ausgegebenen Jahresbericht der See-Versicherungsgesellschaft für 1898 entnehmen wir, daß im Bereiche der Genossenschaft im Berichtsjahre 2419 Unfälle angemeldet wurden, worunter 462 Todesfälle. In den 11 Jahren seit 1888 ist die Zahl der Unfälle ständig gestiegen; 1888 betrug sie nur 854 und ist seitdem von Jahr zu Jahr zu der genannten Höhe angewachsen. Insgesamt sind in den 11 Jahren 20 804 Unfälle angemeldet worden, unter denen sich 4646 Todesfälle befanden.

Von den zur Anmeldung gelangten Unfällen des Jahres 1898 wurden nur 180 Verletzungen und 104 Todesfälle entschädigt, während für 1777 Verletzungen und 338 Todesfälle keine Entschädigung gezahlt wurde. Die Gesamtbelastung der Genossenschaft für die aus dem Jahre 1898 stammenden Unfälle beträgt auf dieses Jahr 44 498 M., so daß auf den einzelnen für entschädigungsberechtigt angezeigten Fall im Durchschnitt ganze 156 M. entfallen, gewiß eine außerordentlich geringfügige Summe.

Gerichts-Beitrag.

Ein galanter junger Mann. Freiheitsberaubung, wissenschaftlich falsche Anschuldigung und Verleumdung wurden dem Handlungsgehilfen Friedrich Jacobi zur Last gelegt, welcher gestern dierhalb vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stand. An einem Aprilabend gegen 10 Uhr fiel dem Angeklagten ein junges Mädchen auf, welches in der Nähe der Carolina-Figur auf dem Alexanderplatz auf jemanden zu warten schien. Der Angeklagte sprach sie an und erhielt auf Befragen auch die ungeniert erteilte Antwort, daß sie auf ihr „Verhältnis“, einen „Doktor“, warte. Nun meinte der Angeklagte, ob es nicht besser sei, wenn sie mit ihm zusammen ein Glas Bier trinken gehe. Das junge Mädchen ging nach kurzem Bestimmen auch mit ihm. Das Paar begab sich nach den Bierhallen von Schipponowsky, wo der Angeklagte zwei Glas Bier bestellte und sich dann auf einige Minuten entfernte. Als er zurückkehrte, sah er, daß seine Begleiterin ein Glas Glühwein vor sich stehen hatte. Er geriet wegen dieser Eigenmächtigkeit in eine kleine Verstimmung, zahlte aber, ohne sich darüber zu äußern. Wie der Angeklagte nun behauptete, hat seine Begleiterin ihn auf dem Heimwege schändete und wegwerfend behandelt. Er habe ihr deshalb gesagt, wenn sie es bereue, mit ihm zusammen ein Lokal besucht zu haben, so möge sie ihm doch die 80 Pfennige, die er für ihren Glühwein bezahlt habe, zurückgeben, damit könne sie ja jede Erinnerung an das Zusammentreffen auslöschen. (1) Das Mädchen habe hierauf nicht eingehen wollen, es sei zwischen ihnen zu einem Wortwechsel gekommen und schließlich habe seine Begleiterin sich an Vorübergehende gewandt und um Hilfe gebeten. Nun habe der Angeklagte den Spieß umgedreht, einen Schuhmann herbeigerufen und verlangt, daß derselbe das Mädchen, welches ihn „geneppt“ habe, zur Wache bringe. Dies sei denn auch geschehen. Auf der Wache habe er den Sachverhalt erzählt. Er sei erstunken gewesen, als ihm die Anzeige zugestellt worden sei. Er habe begründete Bedenken in betreff der Moral des jungen Mädchens. Um in betreff dieses Punktes Aufklärung zu verschaffen, wurde während des

weiteren Teils der Verhandlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Der Gerichtshof kam zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen verleumderischer Verleumdung, wissenschaftlich falscher Anschuldigung und Freiheitsberaubung, während eine verurteilte Erpressung nicht als vorliegend erachtet wurde. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis.

Verstümmelte Burtschen. Ein wohl noch nicht dagewesener Sachverhalt lag der Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung zu Grunde, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schneiderlehrling Hugo Braun zur Verhandlung gelangte. Im Sommer 1897 waren der Angeklagte und der Lehrling Päch bei dem Schneidermeister Alce beschäftigt. Päch gesteht es nicht bei seinem Lehrern, er wollte heimlich davon gehen und machte von dieser Absicht seinem Mitbewerber Mitteilung. Päch hatte bei seinem Onkel, einem Restaurateur, seine Erparnisse in Höhe von 12 M. hinterlegt, er begab sich am Abend vor der beabsichtigten Flucht zu demselben, um das Geld abzuheben. Sein Onkel weigerte sich. Päch klagte dies dem Angeklagten. Er wollte trotzdem seine Absicht nicht aufgeben, hegte dagegen mit seinem Kollegen folgenden Plan aus: Der Angeklagte sollte sich am folgenden Tage zu Päch's Onkel begeben und demselben erzählen, daß sein Neffe ihn um 12 M. bestohlen habe. Dann würde der Onkel sich wohl dazu verstehen, ihm die 12 M. zu ersetzen, und der Angeklagte sollte ihm dann das Geld nach Hamburg nachschicken. Als der Meister am folgenden Morgen seine Lehrlinge wecken wollte, fand er das Bett des Päch leer. Braun erklärte, daß er nicht wisse, wo der Versteckene stehe, er machte den Meister aber darauf aufmerksam, daß Päch seinen Koffer mitgenommen habe und demzufolge wohl nicht zurückkehren werde. Dann durchsuchte der Angeklagte seine im Schrank hängenden Kleidungsstücke und erzählte darauf unter Thränen, daß Päch ihm zwölf Mark entwendet habe. Der Angeklagte spielte seine Rolle so gut, daß er über den angeblichen Verlust reichlich Thränen vergoß. Der Meister erklärte, daß er sowohl wegen des heimlichen Entfernens des Päch wie wegen des Diebstahls bei der Polizei Anzeige erstatten müsse. Nachdem dies geschehen, wurde der Angeklagte von einem Kriminalbeamten vernommen. Diesem bezeichnete der Angeklagte sogar die einzelnen Münzen, aus denen die gestohlene Summe bestanden habe. Gegen Päch wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Nach fast zwei Jahren kehrte er nach Berlin zurück und bei seiner Vernehmung lärtete sich die Sache in der geschilderten Weise auf. Der Onkel des Päch hatte sich übrigens auch geweigert, dem Angeklagten die 12 M. anzuhändigen, so daß der ganze Plan den beiden Lehrlingen nichts als Ungelegenheiten eingetragen hat. Der Staatsanwalt regte die Frage an, ob eine wissenschaftlich falsche Anzeige strafbar sei, wenn sie auf Anführung des falschen Beschuldigten geschehen sei. Objectiv liege immerhin eine strafbare Handlung vor, denn die falsche Anzeige habe eine Strafverfolgung nach sich gezogen. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Erkenntnis. Zum Begriffe der wissenschaftlich falschen Anschuldigung gehöre, daß die Anzeige aus eigener Entschädigung erfolge sei. Dies sei vorliegend nicht der Fall. Der Angeklagte hatte seinem Meister gegenüber die Unwahrheit gesagt, aber nicht selbst bei der Polizei die Anzeige gemacht. Als er dann von dem Kriminalbeamten vernommen wurde, mußte er, wenn er sich nicht zum Lügner stempeln wollte, seine unwahre Angabe aufrecht halten. Bei dieser Sachlage konnte sich die Prüfung der Frage, ob der Angeklagte die erforderliche Einsicht von der Strafbarkeit seiner Handlungsweise besessen habe, erübrigen.

Der Polizeianwärter in Notwehr gegen ein Dienstmädchen. Das Dienstmädchen Fräulein Striebel will an dem Tage, wo sie aus ihrem Dienstverhältnis bei der Frau Schulze, abzog, von dem Soho der letzteren, dem Polizeianwärter Schulze arg mißhandelt worden sein. Das Mädchen hat deshalb eine Klage wegen Körperverletzung gegen den jungen Mann erhoben, die am Dienstag vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Nach Angabe der Frau Schulze soll sich Fräulein Striebel gegen sie renitent benommen und zum Schlag gegen sie ausgeholt haben. In diesem Moment sei der Sohn der Dienstherrin, der angeklagte Polizeianwärter Schulze, ins Zimmer getreten und Frau Schulze habe das Zimmer verlassen. Ueber die Vorgänge, die sich nun während dieses Besammentreffens unter vier Augen abspielten, widersprechen sich die Angaben der beiden Beteiligten. Während Fr. Striebel sagt, sie sei von Herrn Schulze regelrecht verprügelt worden, behauptet dieser, er habe nur den Schlag, den das Mädchen gegen seine Mutter zu föhren im Begriff gewesen sei, abgewehrt. Das als Zeugin vernommene damalige Hausmädchen der Frau Schulz hat dagegen aus dem Zimmer, in dem Herr Schulze und Fr. Striebel allein waren, kitzelnde Geräusche, wie von Schlägen herrührend, und heftiges Schreien der Striebel gehört. Die Zeugin hat dann gesehen, daß Fräulein Striebel laut weinend und mit zerzaustem Haar aus dem Zimmer kam. Ferner lag dem Gericht ein ärztliches Zeugnis vor, woraus hervorgeht, daß Fräulein Striebel am fraglichen Tage mit einer blutenden Verletzung der Unterlippe und mit heftigen Kopfschmerzen den Arzt aufsuchte, der sie acht Tage lang, während welcher Zeit sie arbeitsunfähig war, behandelte. Das Gericht kam zu dem Urteil, daß der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe, indem er einen gegen seine Mutter geföhrenen Schlag abwehrte, daß er der Körperverletzung nicht schuldig und deshalb freizusprechen sei.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Berne, 27. Juni. (B. Z. W.) Der Landrat erließ eine Beschlusnahme, in welcher er mitteilt, eine Anzahl polnischer Arbeiter sei kontraktbrüchig geworden, und die deutschredenden Arbeiter auffordert, mit Ruhe an die Erledigung der Differenzen zu gehen und auf die berggesetzlichen und strafgesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen.

Frankfurt a. M., 27. Juni. (B. Z. W.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus dem Haag: In der gestrigen Sitzung der ersten Kommission stand der russische Abrüstungsvorschlag zur Verhandlung. Die über denselben gehaltenen Reden des Oberst v. Schwarzhoff kann als eine runde Abgabe Deutschlands in der Abrüstungsfrage betrachtet werden. Oberst v. Schwarzhoff bekämpfte die Argumente des russischen Oberst Jilinsky und des Generals Poortugael, denen er Uebertreibung vorwarf und besonders auf die unüberwindlichen Schwierigkeiten der Durchführung des russischen Antrages nachdrückte. Er erklärte sich auch zur sofortigen Abstimmung bereit. Gegen seine und des Schweizer Delegierten Stimme, welcher Fortsetzung der Debatte wünschte, wurde die Ueberweisung der Anträge an die beiden Subkommissionen beschlossen.

Meiringen, 27. Juni. (B. Z. W.) Die Leichen der am 2. Januar d. J. am Sutenspach verunglückten zwei Schneeschuhläufer Dr. Ehler (Straßburg) und Dr. Münnichs (München) wurden von Schöllern, die sich auf einer Reise befinden, beim Stein- gleitsee oberhalb Gadmern aufgefunden.

Wien, 27. Juni. (B. Z. W.) Gestern vormittag 9 Uhr fand in Laibach ein lokales schwaches Erdbeben statt.

Badapest, 27. Juni. (B. Z. W.) Finanzminister Luga's beehrte in einer heute im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede die Frage der Zuckerprämien. Er erklärte, daß er die Symptome des Niederganges des Prämien-systems mit Freuden begrüße; jedoch müsse die Aufhebung der Prämien auf internationale Wege erfolgen. Die Regierung habe sich übrigens in dem Zuckersteuer-Gesetz die Ermächtigung erteilen lassen, eventuell auch im Verordnungswege die Herabsetzung oder Aufhebung der Prämien zu verfügen. Der Minister sagte hinzu, daß trotz der neuen indischen Zuckergölle die ungarische Zuckerausfuhr einen erfreulichen Aufschwung genommen habe.

Rom, 27. Juni. (B. Z. W.) Nach weiteren Meldungen wurde das Erdbeben in der vergangenen Nacht außer in Florenz und Pisa auch in Prato, Pistoja, Massa, Livorno und Pontedera verpürt. In Prato wurden verschiedene Häuser und besonders die Kaiserin beschädigt, auf dem Lande in der Umgegend von Prato ist der Schaden sehr erheblich.

Die Eröffnung des pathologischen Museums.

Das pathologische Museum der Berliner Universität, welches gestern von seinem Begründer und Leiter, Rudolf Virchow, feierlich eröffnet wurde, soll die reichhaltige Sammlung aufnehmen, welche im pathologischen Institut — d. h. dem medizinischen Institut, in welchem die krankhaften Veränderungen des Körpers beziehungsweise seiner Organe, und zwar wesentlich durch Untersuchung von Leichen studiert werden — im Laufe der Jahre aufgesammelt worden ist.

Das Gebäude, welches äußerlich, wie in seiner inneren Einrichtung zwar ohne Prunk, aber durchaus würdig und zweckentsprechend gehalten ist, liegt auf dem Terrain der königlichen Charité und zwar dicht am Alexander-Platz. Es enthält außer den Sammlungsräumen einen großen Hörsaal mit amphitheatralisch angeordneten Sitzen. Diesen Saal füllte gestern zur Eröffnungsfeier eine geladene Gesellschaft, zu der fast sämtliche medizinische Professoren Berlins, eine große Reihe namhafter Ärzte und außerdem der Herr Minister für Geistesheilkunde, Dr. Boffe, sowie der Staatssekretär Graf Posadowsky gehörten.

In die Versammlung richtete Virchow eine längere Ansprache, in deren Beginn er hervorhob, daß er namentlich dem Minister Riquel für die Bewilligung des Baues zu Danke verpflichtet sei. Der Redner setzte dann die Gründe auseinander, welche ihn — trotz der ungünstigen Verhältnisse des Baugrunds — veranlaßt hätten, darauf zu bestehen, daß das Institut auf dem Charitégrundstück und zwar an der gewählten Stelle errichtet werden sollte. Wasgehend sei in erster Linie gewesen, daß die pathologische Anatomie (die Feststellung der krankhaften Veränderungen an der Leiche) zur klinischen Medizin (zur Beobachtung und Behandlung der Krankheitsvorgänge am Lebenden) gehöre und daß die eine ohne die andere verjüngt und verdoht werden müsse. Deshalb habe er an dem räumlichen Zusammenhange mit dem Charité-Krankenhaus festgehalten, wie er es seiner Zeit, als er 1858 von Würzburg hierher zurückberufen wurde, getan hatte. Weiter hätte er einen hervorragenden Bauplan verlangt, weil die pathologische Anatomie viel Licht verlange, und er hätte deshalb den ursprünglich angebotenen Plan — den, welchen jetzt die Charité-Spitze einnehme! — abgelehnt. Der zweite Plan sei ein vortrefflicher; auf dem ganzen Gebiete der Charité sei kein zweiter, der so die Verbindung des „Lichts von allen Seiten“ erfülle. So hoffe er auch, daß das Haus eine Stätte des Lichts bleiben werde für alle Forschungen auf dem Gebiete der pathologischen Wissenschaft.

Drittens diene aber der Plan den Vorteilen, daß man die Anstalt dem großen Publikum zugänglich machen könne. Heutzutage, wo die Presse das Publikum in der täglichen Kenntnis der Fortschritte der Medizin erhält, fehlt doch diesem Publikum ein: die unmittelbare Anschauung. Die Anstalt soll, mit Ausnahme einzelner Abteilungen, dem Publikum zugänglich sein, und deshalb sei auch ein besonderer Zugang direkt von der Straße eingerichtet.

Die Sammlung konnte bisher nicht vollständig aufgestellt werden; es sei aber doch einiges schon so arrangiert, daß zu sehen ist, wie das Ganze — gerade mit Rücksicht auf das große Publikum — aufgebaut werden solle.

Durch das neue Institut werde auch den Studenten die Möglichkeit geschaffen, in dem Museum selbst zu studieren. Es ist damit die Einrichtung zum erstenmale in Deutschland geschaffen, die in England eigentlich in jedem Krankenhaus besteht. Bei uns geht ja das alles etwas langsam.

Nach Virchow ergriff der Rektor der Universität, Professor Dr. Waldeyer, das Wort. Er feierte die Eröffnung des Hauses als ein denkwürdiges Ereignis; denn eine Sammlung, wie die, welche in ihm zur Aufstellung kommt, habe in der Fülle, in der wissenschaftlichen Bedeutung und Reichhaltigkeit niemals bestanden, und es werde voraussichtlich auf lange Zeit auch keine gleiche bestehen. Das wichtigste und wesentlichste habe dabei die Arbeit eines Mannes getan, dessen, der heute dieses Haus übernimmt. Ueber fünfzig Jahre hat er seine Lebensarbeit diesem Zwecke gewidmet. Das Haus wird einen Grundstein bilden für alle Forschung auf diesem Gebiete. Als Rektor der Universität begrüßt der Redner es mit Freuden, daß die Schätze der pathologischen Sammlung eine würdige Stätte gefunden haben, in der sie zum Segen der studierenden Jugend sich vollumfänglich entfalten können; er dankt, im Namen der Universität, dem Mann, der dies geschaffen hat.

Durch langanhaltenden, lebhaften Beifall drückte die Versammlung ihre einmütige Übereinstimmung mit den Worten Waldeyers aus. Dann folgte ein Rundgang durch die Räume des Museums, in welchen bisher nur der kleinste Teil der Sammlung aufgestellt gefunden hat.

Auch wir wollen nicht unterlassen, unserer Genehmigung darüber Ausdruck zu geben, daß diese Schöpfung Rudolf Virchows endlich ein ihrer würdiges Heim gefunden hat; ein Heim, in welchem die Sammlung in dem Maße, wie es ihrem Umfange und ihrer Bedeutung entspricht, zum Unterrichte der medizinischen Jugend, aber auch zur Aufklärung der Massen verwendet werden kann.

Wir beglückwünschen den greisen Forscher zu diesem Erfolge, wir wünschen ihm zugleich, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, in dem neuen Hause der medizinischen Wissenschaft zu dienen, mit der Frische und Mäßigkeit, die man gerade gestern wieder an ihm bewundern konnte.

Auch für die Parteigenossen wird es sich empfehlen, das Museum zu besuchen, wenn die Sammlung erst vollständig aufgestellt und für das große Publikum zugänglich sein wird. Namentlich gilt das für alle diejenigen, welche heute „schnell fertig“ über die Ärzte, die „Schulmedizin“ usw. aburteilen, und den „praktischen Vertretern“ der Naturheilkunde und anderer Heilverfahren nachlaufen, also Leuten, deren einzige Vorbildung für die Ausübung der Heilkunde die meist darin besteht, daß sie ihren eigentlichen Beruf verfehlt haben. Vielleicht wird es manchem, der bisher auf die Worte eines dieser Heilpostler geschworen hat, doch bei der Besichtigung des pathologischen Museums klar werden, daß der „Weiß der Medizin“ nicht ganz so leicht zu fassen ist, — daß etwas zur sachgemäßen Ausübung der Heilkunde gehört, was selbst durch die genialste Begabung nicht ersetzt werden kann; nämlich ein gründliches Studium unter der Leitung sachverständiger Lehrer.

Lokales.

Zur Lokalkiste. In Erkner steht jetzt das Lokal von Probt der Arbeiterchaft zu Versammlungen zur Verfügung. Die Lokalkommission: E. Mertens, Friedrichshagen, Wilhelmstraße 64 b.

In Charlottenburg steht das Lokal früher Reichendron, Sprestraße 36, jetzt Inhaber Pohl, der Arbeiterchaft nicht mehr zur Verfügung. Die Parteigenossen wollen davon gefälligst Notiz nehmen. Die Lokalkommission: Wilhelm Stedte, Wilmersdorferstraße 69.

Der Nutzen der Ferienkolonien

wird in einem Artikel der „Zukunft“ in Zweifel gezogen. Die „Berliner Zeitung“ ereifert sich gegen diesen Artikel und zugleich gegen alle diejenigen, die in das übliche Loblied auf die Ferienkolonien nicht so rasch und bereitwillig wie die freisinnige Presse einstimmten wollen. Ueber die Thatsache, daß der Nutzen der Ferienkolonien mindestens bei solchen Kindern nur sehr gering und ganz vorübergehend sein kann, die nach den paar Wochen frischer Luft und guter Verpflegung wieder in elende häusliche Verhältnisse zurückkehren, hilft sich die „Berl. Zeitung“ mit dem Satz hinweg: „Das Wesen und die Wirksamkeit der Wildthätigkeit ist stets beschränkt, das ist nun einmal so.“ Das Blatt ist weit davon entfernt, nun auf Grund dieser Einsicht zu verlangen, daß die Fürsorge für arme und tränkliche Kinder, die es als notwendig erkannt hat und als segensreich empfiehlt, von dem sogenannten guten Willen der meist sehr widerwillig gebenden „Böhlhäter“ unabhängig gemacht, den Gemeinden als Pflicht auferlegt und zugleich über das Wirkungsgebiet der bloßen Ferienkolonie und Sommerpflege hinaus ausgedehnt werden soll. Bei der Privatwohlfähigkeit soll es verbleiben — darin stimmt das freisinnige Blatt mit dem Verfasser des Artikels der „Zukunft“ vollkommen überein — obwohl diese vielgepriesene „Wohlfähigkeit“ privater Kreise kaum den allerbescheidensten Ansprüchen zu genügen vermag. Die „Z.“ findet sogar, es habe „auch seine Vorzüge“, daß Wesen und Wirksamkeit der Wildthätigkeit beschränkt sind. „So lange wir“, sagt sie, „in unseren heutigen Verhältnissen und nicht in irgend einem Zukunftsstaate leben, der den Kindern unter Lösung des Familienverbandes, einfach alles bieten könnte, wird man schon dabei bleiben müssen, daß die Wohlfähigkeit immer bloß eine gelegentliche Hilfe sein kann. So wird auch das Gefühl der Verantwortlichkeit der Eltern gehalten und geschäftet, und die Wohlfahrt (soll wohl heißen: Wohlthat) wird nicht so drückend empfunden, wenn man sie als einmalige Hilfe ansieht, die den Betroffenen möglichst wieder auf eigene Füße stellt.“ Das ist genau dieselbe „Bewußtseinsführung“, mit der in Berlin jede über das Almosen hinausgehende Fürsorge der Gemeinde für die weniger bemittelte Bevölkerung von freisinniger Seite bekämpft wird. Der Hinweis auf die angebliche Notwendigkeit, das Gefühl der Verantwortlichkeit zu erhalten und die drückende Empfindung des Almosens zu verhüten, ist weiter nichts als eine leere Redensart, durch die man schließlich alles und jedes als überflüssig oder schädlich hinstellen könnte, was von einer Gemeinde für die Bevölkerung — gleichgültig, ob nur für die Unbemittelten oder für die gesamte Bevölkerung — verlangt wird. Es ist ein überflüssiges Vermögen, abstreifen zu wollen, daß die Hilfe der Ferienkolonien gerade in der Form, wie sie heute gewährt, als Almosen empfunden wird, und daß sie allein nur selten ein Kind „wieder auf eigene Füße zu stellen“ vermag. Daß die Ferienkolonien für die Gewandung der proletarischen Jugend nur von geringer Bedeutung sind, und daß sie namentlich da nichts anzurichten vermögen, wo die häuslichen Verhältnisse besonders elend sind, das ist gewissermaßen amtlich zugegeben worden von Frau Luise Jessen, die in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Ferienkolonien auf dem 1898er internationalen Frauentag über die Ferienkolonien sprach. „Man sollte nur solche auswählen“, sagte Frau Jessen (nach Ausweis des von der Kongressleitung herausgegebenen Berichts über die Verhandlungen), „denen voraussichtlich noch zu helfen ist, deren häusliche Verhältnisse noch nicht so verkommen sind, daß das Kind nach der Rückkehr vernachlässigt wird und somit gleich in den alten Zustand zurückfällt. Je weniger wir allen helfen können, um so intensiver sollte man sich mit einer gewissen Auslese beschäftigen. Allerdings kommt es dann darauf hinaus, daß nicht die Kernsten, nicht die Kränksten ausgewählt werden, und mir ist wohl bewußt, daß diese Ansicht vielfachen Mißdeutungen ausgesetzt ist, aber keine Wohlfahrts-Einrichtung wird alle gleichzeitig befriedigen; mit unzulänglichen Mitteln, mit schwierigen Verhältnissen kämpfen wir in der Armenpflege überall.“ Es läßt sich nicht freiten, daß bei einem solchen Verfahren immer ein gewisser Nutzen für die Ausgewählten herauskommen wird. Aber man wird uns auch zugeben müssen, daß ein Heilmittel kaum als sehr segensreich bezeichnet werden kann, wenn es nur denen hilft, die die Hilfe weniger nötig haben. Daß bei der Auswahl wirklich nach diesem Grundsatz verfahren wird, dafür sorgen schon die strengen Aufnahmebedingungen (kostspielige Reiseausrüstung usw.), durch die die Bedürftigsten — mit Ausnahme der wenigen, denen die Ausrichtung aus Wohlthätigkeitsfonds geliefert werden kann — von vornherein ausgeschlossen sind.

Elektrischer Straßenbahn-Omnibus.

Gestern vormittag fand die Vorführung des neuen Omnibus der Firma Siemens u. Halske statt, der, wie die Internethier glauben, eine Nide unter den dem öffentlichen Verkehre dienenden Betriebsmitteln auszufüllen im Stande ist. Er unterscheidet sich von den bisher bekannten Fahrzeugen dieser Art dadurch, daß er mit einer besonderen Vorrichtung einen Stromabnehmer versehen ist, die ihn gestattet, sich nicht nur auf öffentlichen Straßen ohne Schienen zu bewegen, sondern auch auf den Geleisen einer Straßenbahn wie ein gewöhnlicher Straßenbahnwagen. Der Überhang von den Schienen auf die Straßenoberfläche erfolgt überraschend schnell, ebenso das Einlenken von dem Straßenpflaster in die Straßenbahn-Schienen. Die Fortbewegung, Lenkung und Bremsung des Omnibus auf den Geleisen und auf dem Pflaster gewöhnlicher Straßen wurde sicher und mühelos von dem Führer bewirkt. Der auch bei sonstigen Straßenfahrern übliche Drehschemel der Vorderräder, welcher oben auf Achseln gelagert ist, kann bei dem elektrischen Omnibus vom Führerstand aus so weit herumgedreht werden, bis die Räder des Drehschemels quer zur Fahrtrichtung stehen. Durch diese Anordnung ist es ermöglicht, daß der Wagen auch in sehr schmalen Straßen ohne weiteres umwenden kann.

Offiziersausbreitung?

Ein Lokalsblatt meldet: Mit Schwere n St. und Siebunden ist der auf dem Potsdamer Bahnhof beschäftigte Heizer Hermann Luttas im Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert worden. Luttas giebt an, diese Verletzungen seien ihm, ohne daß er irgend welche Veranlassung gegeben und ohne daß vorher ein Wortwechsel stattgefunden hätte, von einem Offizier, an welchem er in der Potsdamerstraße vorbeigehen wollte, beigebracht worden. Fremden muß es aber, daß Luttas, welcher beim Militär gedient hat, nicht anzugeben vermag, welchem Truppenteile bezw. welchem Regimente der Offizier, von welchem er verletzt worden sein will, angehört. Sowohl seitens der Kriminalpolizei, als auch seitens der Militärbehörde sind umfassende Erhebungen in dieser Sache eingeleitet worden.

Eine interessante Verkehrsstatistik

verfendet das Polizeipräsidium. An den beiden Pfingstfeiertagen waren im Betriebe: 775 Omnibusse, 1742 Pferdebahnwagen, 82 Dampfswagen und 1386 Wagen der elektrischen Straßenbahn. Im Ganzen wurden 2 670 071 Personen befördert — 17 886 weniger als in den Pfingstfeiertagen des Vorjahres. Diese Winterzahl ist wohl hauptsächlich dem schlechteren Wetter zuzuschreiben, da sie im allgemeinen die Stadt- und Ringbahn, die Charlottenburger Straßenbahn und die westliche Berliner Vorortbahn betreffen. Von den 2 670 071 beförderten Personen entfallen 1 148 840 auf die Große Berliner Straßenbahn, 757 709 auf die Stadt- und Ringbahn, 188 100 auf die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft, 170 044 auf die Neue Berliner Pferdebahn, 136 857 auf die Neue Berliner Omnibus-Aktiengesell-

schaft, 98 106 auf die elektrische Straßenbahn, 86 006 auf die Charlottenburger Straßenbahn, 61 744 auf die westliche Berliner Vorortbahn (früher Dampfstraßenbahn) und 34 635 auf die Omnibusse des Spediteurvereins.

Der große Juwelenraub

der Ende September vorigen Jahres in der Wohnung des Staatsministers a. D. Grafen zu Eulenburg in der Brückstraße 5 verübt wurde und bedeutendes Aufsehen erregte, macht jetzt wieder von sich reden. In Schwerin a. d. Warthe ist von zwei Berliner Kriminalbeamten ein Koffer beschlagnahmt worden, der in der Verfolgung dieser Angelegenheit eine Rolle spielt. Die Berliner Kriminalpolizei verfolgte seit einiger Zeit eine Spur, die nach Hannover führte. Dort bot vor kurzem eine Plätterin einzelne kostbare Perlen zu einem auffallend billigen Preise zum Verkauf an. Die Plätterin wurde festgenommen, ebenso ein Mann, der sich in ihrer Begleitung befand. Das Paar machte jedoch über den Erwerb der Perlen Angaben, die zu seiner Entlassung führten. Erst nachträglich wurde festgestellt, daß die Perlen dennoch zu den beim Grafen Eulenburg entwendeten gehörten. Die Größe und die Zahl der zum Verkauf angebotenen einzelnen Perlen läßt darüber wohl kaum noch einen Zweifel. Als nun hier gleichzeitig ermittelt wurde, daß der Begleiter der Plätterin ein der Kriminalpolizei längst bekannter Verbrecher war, dessen Bild sich schon lange im hiesigen Verbrecheralbum befindet, sandte Kriminalinspektor von Meerscheidt-Hüllessem zwei Beamte von hier nach Hannover, um die Spur weiter zu verfolgen. Die beiden Personen waren aber damals schon entlassen. Die Beamten ermittelten, daß sie nach ihrer Heimat abgereist seien, wenigstens hatten sie ihren Koffer dorthin aufgegeben. Dieser Koffer ist nun in Schwerin a. d. Warthe angehalten und beschlagnahmt worden. Die Beamten sind bereits unterwegs, um ihn hierher zu bringen. Er soll erst hier geöffnet werden. Daß er aber von den gestohlenen Juwelen auch nur eine Spur enthalte, ist sehr zu bezweifeln. Die Plätterin und ihr Begleiter sind nämlich wieder verschwinden, und es ist höchst wahrscheinlich, daß sich in dem Koffer nur alte Kleidungsstücke befinden. Der Wert der gestohlenen Schmuckgegenstände betrug, woran noch erinnert sein mag, 25 000 M.

Ein in Vergessenheit geratener Tausendmarkschein

wurde am Montag unter eigenartigen Umständen im Omnibusdepot der Neuen Berliner Omnibusgesellschaft in der Diegnitzerstraße aufgefunden. Eine größere Anzahl alter Kutschermäntel war von ihren Trägern abgeliefert worden, um sie einer gründlichen Reparatur unterwerfen und namentlich mit neuem Futter versehen zu lassen. Das alte Futter war bereits von einer ganzen Reihe von Mänteln abgetrennt und auf einen Haufen geworfen, als eine der Sännebrenner plötzlich einen Tausendmarkschein bemerkte, der in das Mantelfutter eingeklebt war. Da die Nummer des Mantels bereits abgetrennt war, konnte der bisherige Träger desselben nicht sofort ermittelt werden. Jedenfalls ist der Mantel schon in verschiedenen Händen gewesen, und ein Vorbesitzer hat das wertvolle Papier eingeklebt.

Auf dem Kontrollgang verunglückt

ist hinter dem Grundstück Stralauer Allee 3 der städtische Wächter Wilhelm Paß, der von dem Arbeiter Josef Grundberg in der Spree tot aufgefunden wurde. Der Wächter hat am Abend vorher seinen gewöhnlichen Dienst angetreten und hierbei seine Frau und eine befreundete Familie eine Stunde die Stralauer Allee entlang begleitet. Kurz vor 10 Uhr hat er auf einige Minuten ein Pösal in derselben Straße betreten und ist dann nicht mehr gesehen worden; da keinerlei Beweggründe für einen Selbstmord vorhanden sind, erscheint es durchaus als sicher, daß Paß auf seinem Kontrollgang über die 1/4 Meter hohe Ufermauer in die Spree hinabgestürzt und im Wasser ertrunken ist. Seine Taschenuhr war auf 4 Minuten nach 10 Uhr stehen geblieben.

Erbschaften hat sich gestern

mittag der 60 Jahre alte Schuhmachermeister Gustav Pasche aus der Invalidenstraße 130. Hier wohnte der Meister schon seit 38 Jahren und 28 Jahre lang führte er bereits die Hausverwaltung. Vor einigen Monaten bekam Pasche in das Haus eine Schankwirtin, die ihn nicht gefiel, da seiner Meinung nach zweifelhaftes Publikum bei ihr verkehrte. Er setzte es durch, daß die Wirtin das Geschäft und die Wohnung räumen mußte, zog sich dadurch aber eine Klage auf Schadenersatz zu. Die Behauptungen des Verwalters, auf die hin die Klammung erfolgt war, ließen sich nicht beweisen, und Pasche bezog die Hausverwaltung der Rentnerin Goerly aus der Stralauerstraße wurde beurteilt, der Schankwirtin den Schaden mit 4000 M. zu ersetzen. Der Rechtsstreit hatte außerdem noch ein Ermittlungsverfahren wegen Meineids gegen Pasche zur Folge. In dieser Sache wurden gestern durch den Untersuchungsrichter Zeugen vernommen. Obwohl dem Verwalter berichtet wurde, daß diese Vernehmungen für ihn günstig ausgefallen seien, regte das Verfahren den alten Mann, der sich eines sehr guten Rufes erfreute, in der letzten Zeit aber sehr nervös geworden war, so auf, daß er sich das Leben zu nehmen beschloß.

Das Volksfest in Schloß Weihensee

das die Parteigenossen des vierten Reichstags-Wahlkreises am Sonntag veranstaltet hatten, war in den Vorkenntnissen teilweise durch den Streikregen beeinträchtigt. Aus diesem Grunde stellte sich das Publikum erst später ein, als man es sonst bei den großen, auf den ganzen Tag berechneten Parteifesten gewohnt ist. Der Nachmittag aber sah tausende Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die sich nach Bequemlichkeit in dem ausgedehnten Garten gelagert hatten und entweder der offiziellen Genüsse harrten, welche programmmäßig von statten gingen oder auch in mehr oder minder geschlossenen Konzentrierten sich dem edlen Staspiel und ähnlichen umstürzlichen Beschäftigungen ergaben. Die beiden Musikkapellen unter der Leitung des Herrn Tietz und Jergang spielten flott und frisch leichte Weisen, die zweifelsfrei durch den vorzüglich eingeleiteten Gesangsbeitrag der Federfahnen des Arbeiter-Sängerbundes unterbrochen worden. Weitere Abwechslungen brachten der Arbeiter-Turnverein „Weihensee“ und der Arbeiter-Schwimmklub „Vorwärts“, an besonderer Stelle sorgte ein zeitgemäßes Kasperle-Theater dafür, daß auch die großen und kleinen Kinder nicht zu kurz kamen. Mit ersten und heiteren Vorträgen, die den Zeitläuften angepaßt waren, hatten sich einige approbierte Sänger im See-Theater versehen. Diese Zeitläufe standen selbstverständlich unter dem Zeichen des Juchhaushauses, der immerhin auch in dem friedlichen Kreise zu Weihensee seine Wirkungen verüben ließ. Was waren das für wunderbare Worte, die im Tanzsaal die immer noch auf der Tagesordnung stehende Polla von der Sulda rhythmisch accompagnierten? Des vielen Fragens nach dem auch heute noch nicht herbeigeschafften Stuhl war man endlich milde geworden; dafür aber lang es gar sonderlich im Kreise noch altgewohnter Melodien: „Ist denn kein Stumm da — Stumm da, Stumm da? — Ist gar kein Stumm da, Stumm da, Stumm da? — Der kann es sicherlich — Er versteht's meisterlich — Drum wär's zu dumm ja — wäre kein Stumm da!“ — Wer ist so einfältig in der Partei, daß man ihm den Genossen Adolf Hoffmann noch besonders als denjenigen nennen möchte, der die neueste Parodie auf den Juchhaushaus aus dem verborgenen Schrein dichterischen Empfindens ausgehoben hat? Möge der Rörgler mälein an dem poetischen Gehalt der Verse; die nach vielen hunderten zählenden roten Blätter, die auf dem Volksfest zu Weihensee liebevolle Aufnahme fanden, zeigten, daß die Arbeiterchaft am Juchhaushaus wenigstens eine Seite appetitlich gefunden hat — nämlich die komische.

Theater und Vergnügen.

Das Schiller-Theater schließt heute die diesjährige Schauspiel-Saison mit den vier Einaktern „Liedes-träume“ von Max Dreier, „Die schnelle Verlobung“ von Paul Gm. „Ein Schillerfandchen“ von Georg Engel, „In Givil“ von Oskar Adelberg. Am Donnerstag beginnt das Opern-Spiel des Direktors Romwig mit „Der Wohltäter“, komische Oper in 3 Akten von Volpert. — Im Volksspiel-Panoptikum über Die Wärdeten im Caféhaus, sowie das Kunststück

paar Palmor fortbauend solche Zugkraft aus, daß die Dichtung sich ver-
anicht gesehen hat, deren Verträge noch für einige Zeit zu verlängern. —
Der Kapellmeister Eduard Strauß giebt Freitag in der Brunnen-
Friedrichshain sein Musikdirektorat.

Feuerbericht. In Lebensgefahr schwebten Dienstag
früh mehrere Bewohner des Hauses Wilhelmstraße 147. Hier war
in dem Kaminrohr ein Lodenbrand aus-
gebrochen, der einen solchen Qualm entwickelte, daß die Bewohner
des rechten Seitenflügels in Eile den Fluchweg suchten. Besonders
hart bedrängt wurde eine im ersten Stock wohnende Familie Schulze,
deren Kinder durch die Feuerwehre über zwei Leitern hinweg ge-
rettet wurden. Die Feuerwehre hatte fast zwei Stunden mit der
Abkämpfung zu thun. Vorher mußte Pfuelstraße 9 ein kleiner
Dachbodenbrand abgelöscht werden.

Aus den Nachbarorten.

Das probate Rezept. Mit einer recht wunderbaren Präg-
geschichte beschäftigte sich kürzlich in einer geheimen Sitzung die
Stadtverordneten-Versammlung in Spandau: „Der Branden-
burger Zeitung“ wird hierüber geschrieben: „Schon seit einiger Zeit
ging das Gerücht hier in der Stadt um, daß der Polizeir-
eigentümer Theuerlauf von dem Polizei-Inspektor Lindau mit
einem Knüttel derartig geschlagen worden sei, daß er sechs Wochen
krank gelegen. In der geheimen Sitzung der letzten Stadt-
verordneten-Versammlung richtete ein Stadtverordneter die Anfrage
an den Oberbürgermeister, wie sich die Sache eigentlich verhalte.
Der Oberbürgermeister erklärte, daß der betreffende Polizeiergent
allerdings 6 Wochen krank war, ob dies aber von Schlägen her-
rührte, wisse er nicht, in dem ärztlichen Atteste sei darüber nichts
bemerkelt, auch habe ihm der Beamte nichts gemeldet. Wohl aber sei
die Frau des betreffenden Polizeibeamten während der Krankheit bei
dem Inspektor gewesen und habe zu diesem gesagt, daß das Rezept
geholfen habe, ihr Mann habe sich gebessert und trinke nicht mehr
so viel.“ — In Spandau erwartet man allgemein, daß von zu-
ständiger Stelle über den schier unglaublichen Fall Aufklärung ge-
geben werde.

Die Schulartzfrage, welche in der letzten Stadtverordneten-
Versammlung zu Schöneberg behandelt wurde, rief eine
beachtenswerte Debatte über die Bedeutung des Gesundheits-
schutzes hervor, den der Arzt jedem von ihm unterrichteten Kinde
auszustellen hat. Ein solcher Schein ist während der ganzen Schul-
zeit fortzuführen. Ueber die Form haben die Vor-
sitzenden nach drei Monaten bestimmte Vorschläge zu machen.
Gegen diesen erst noch aufzustellenden Gesundheitschein wandte sich
Herr Professor Heine, indem er die wünschenswerten unverständlichen
Fragen kritisierte, die der Schein enthalten könne. Er mußte beantragen,
daß die Einführung so lange vorbehalten bleibe, bis ein derartiges
Schema vorliege. Bürgermeister Gerhardt sowohl, als auch der
Stadtrat v. Dörfel erklärten es für alleinige Sache des Magistrats,
diese Dienstordnung festzusetzen. Schließlich erhielt ein Vorschlag
des Vorstehers Annahme, wonach in einer Resolution zum
Ausdruck zu bringen ist, daß davon Kenntnis genommen wird,
daß der Magistrat vor Einführung eines Gesundheitscheines der
Versammlung entsprechende Mitteilung zu machen habe. Auch wegen
der Verpflichtung der Eltern, ihre Kinder in der Schule unter-
suchen zu lassen, ergaben sich weitere Bedenken. Während der Stadt-
Heine an der Hand eines Receptes des Medizinalkollegiums vom
Jahre 1888 den Nachweis zu liefern sucht, daß von einer derartigen Pflicht
nicht die Rede sein könne, betonte der Bürgermeister Gerhardt, daß sich
inzwischen die Anschauung der Regierung geändert habe, denn sie empfehle
jetzt sämtlichen Gemeinden die Nachahmung der Dienstordnung, wie
sie in Wiesbaden bestünde und in dieser sei die Verpflichtung fest-
gesetzt. Nachdem noch mehrere Stadtverordnete sich entschieden gegen
eine derartige Verpflichtung erklärt hatten, gelangte die ganze Vor-
lage zur Annahme.

Die Schöneberger Polizeidirektion, die zur Zeit noch im
Präsidentengebäude am Alexanderplatz in Berlin interimistisch unter-
gebracht ist, wird am 1. Juli d. J. die auf fünf Jahre gemieteten
Räume in dem Hause Hauptstraße 96, Ecke der Wassertstraße, beziehen.

Die drei Radfahrerfallen bei Moorlake, Pfaueninsel und am
Kreuzungspunkt der Chaussee bei Wannsee-Stolpe bringen in diesem
Jahre den beteiligten Dorfgemeinden reichliche Erträge. An den
vorgenannten Stellen sind nämlich Tafeln aufgestellt, welche besagen,
daß die Radfahrer absteigen und ihre Räder eine bestimmte Strecke
weit schieben müssen. Diese Tafeln werden nun aber von den
Radlern vielfach übersehen, worauf dieselben unrettbar dem aus dem
Gebüsch plötzlich hervortretenden Gendarm verfallen sind, auf-
gefangen werden und Strafmandate von 3 bis 10 M. erhalten.
60 bis 100 Anzeigen täglich bei gutem Wetter sollen gar keine seltene
Erscheinung sein.

Zu Friedrichshagen ist gestern von einem Neubau ein jüngerer
Maurer tödlich abgestürzt. Schwere verletzt wurde er dem Kranken-
hause am Friedrichshain zugeführt.

Großes Aufsehen erregt in Spandau das spurlose Ver-
schwinden des Brauereibesizers Avianus, der sich am vorigen
Mittwoch aus seinem Hause entfernt hat und nicht wieder zurück-
gekehrt ist. Dieser Vorgang steht offenbar in Zusammenhang mit
dem gleichzeitigen Zusammenbruch seines Geschäfts. Avianus, früher
Brauemeister in einer Spandauer Brauerei, gründete vor mehreren
Jahren außerhalb der Stadt ein eigenes Unternehmen. Hierzu
reichten indes seine immerhin noch beträchtlichen Mittel nicht aus,
und er hatte bald mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die zuletzt einen
solchen Grad erreichten, daß Gläubiger mit Pfändung vorgingen.
In Mitleidenschaft gezogen sind auch zahlreiche auswärtige
Lieferanten. Avianus, ein sonst sehr gewissenhafter Mann, scheint
angesichts seines Unglücks die Fassung völlig verloren zu haben.
Seine Familie steht gänzlich mittellos da. Man befürchtet, daß er
Selbstmord verübt hat.

Ein achtjähriges Mädchen wurde vergangene Woche tot in
einem in die Spree mündenden Graben unweit der Spandauer
Bergbrauerei aufgefunden. Das Kind war sommerschwarz weiß gekleidet,
trug schwarze Strümpfe und gelbe Schuhe; es schien an einer Land-
partie, vielleicht auch an einem Schulausflug teilgenommen zu
haben, wobei es verunglückt sein muß. Die kleine Leiche ist nach
Charlottenburg geschafft worden. Bisher ist die Tote noch nicht
rekonstruiert. Sie hatte, nach dem Leichenbefund zu urteilen,
nur ganz kurze Zeit in dem Wasser gelegen. Die Art der Kleidung
deutete darauf hin, daß das Kind einer besser situierten Familie an-
gehörte.

In Tegel ist ein überaus dreister Uebelfall verübt worden.
Bei einem Einwohner, der mit seiner Familie einen Knüttel ge-
macht hatte, klingelte es in dessen Abwesenheit. Das allein zurück-
gebliebene Dienstmädchen öffnete die Korridortür und fragte nach
dem Begehren des Fremden. Dieser stellte an das Mädchen die
Frage, ob der Hausherr anwesend sei. Als dies verneint
wurde, griff der Fremde mit der linken Hand das Mädchen an die
Hals, während er ihm mit der rechten mehrere wichtige Sätze
auf den Kopf versetzte. Die Angegriffene konnte trotz des über-
raschenden Uebelfalles mehrere Hilferufe ausstoßen, so daß die Be-
wohner des Hauses aufmerksam wurden und herbeieilten. Der
Thäter ergriff, als er merkte, daß Hilfe nahte, die Flucht. Die
Hausbewohner fanden das Mädchen bewußlos am Boden liegen.
Erst nach längerer Zeit kehrte das Bewußtlose wieder. Der Thäter-
schaft verdächtig ist ein kürzlich aus dem Justizhause entlassener
Sträfling. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, des Ströfches habhaft
zu werden.

Gerüststurz. Der Tischler A. D. war mit einem Arbeiter
damit beschäftigt, eine „Goldede“ in einer Villa im Grunewald an-
zubringen. Das Gerüst, das von dem Leihinstitut Dreiling u. Sohn
geliefert, war zweifelslos mangelhaft aufgestellt, so daß es mehrfach
abgestürzt werden mußte. Am Montagvormittag, als die beiden
Arbeiter auf dem Gerüst beschäftigt waren, brach dasselbe plötzlich
zusammen. Diesmal kamen die Arbeiter noch mit leichten Ver-
letzungen davon.

Gerichts-Beilage.

In Ebersfeld spielt sich Montag ein Verleumdungsprozeß
ab, der geeignet erscheint, das städtische Submissionswesen
zu beleuchten. Der Fabrikbesitzer und Stadtverordnete Konrad
Witt zu Ohligs erstreckt im September v. J. ein Flugblatt, in
welchem es hieß: „Ich stelle hier zunächst die stadt-
bekannte Thatfache fest, daß gerade der Vorsitzende der Stadt-
verordneten-Versammlung einem Stadtverordneten finanziell ver-
pflichtet gewesen ist. Wo bleibt da die Unabhängigkeit? Ich stelle
ferner unter Beweis, daß derselbe Beamte selbst eingestanden hat, daß
er von einem Lieferanten bezw. Lieferungsvermittler abhängig sei.
Dieser Mißstand muß beseitigt werden. Voten schon die Verhand-
lungen über die Erweiterung der Gasanstalt dem scharfen Beobachter
ein höchst unerfreuliches Bild, so muß es noch um so mehr be-
stärken, daß der Herr Bürgermeister, wie man sich erzählt, einzelne
Stadtverordnete zu sich beschiedet hat, um sie wegen ihrer Aus-
sagen bezüglich der Vergebung der letzten Gaslieferung zur Rede
zu stellen.“ Stadt. Witt kündigt am Schluß des Flugblatts an,
daß er noch einen weiteren Antrag einbringen werde. Bürgermeister
Trommershausen in Ohligs stellte aus Anlaß dieses
Flugblattes gegen den Stadt. Witt den Strafantrag. Die
Staatsanwaltschaft erhob daher gegen Witt, auf Grund des § 186
des Strafgesetzbuches, wegen Behauptung bezw. Verbreitung nicht
erweislich wahrer Thatfachen, welche geeignet sind, den Bürger-
meister in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, die Anklage.

In der Verhandlung am Montag behauptete der Reklamation-
Bürgermeister Trommershausen, im Jahre 1891 sei er in-
folge Krankheit in seiner Familie in Geldverlegenheit gewesen. Er
habe sich deshalb von dem ihm befreundeten Stadtverordneten
Fischer 1200 M. geliehen, die er demselben nach und nach ohne
Zinsen wieder zurückgezahlt habe.

Aus den Neugenaussagen sei folgendes hervorgehoben:
Ingenieur Wiersberg-Bremen behauptet: Er sei früher bei der
städtischen Gasanstalt in Ohligs angestellt gewesen. Der Bürger-
meister habe zu ihm einmal gesagt: „Den Beamten, der mit mir
nicht an einem Stränge zieht, trete ich in den Dreck.“ Er sei eines
Tages auf Veranlassung des Bürgermeisters zu dem Ingenieur
Wiersberg nach Köln gefahren, um mit diesem etwas über die Gas-
einrichtung in Ohligs zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit habe
ihn Wiersberg gefragt, ob er Geld brauche, er stelle ihm eventuell sein
Portemonnaie zur Verfügung. Er habe dies als eine Ver-
stärkung aufgefaßt. Wiersberg sei der Vertreter der Berlin-Anhalter
Maschinenbau-Aktiengesellschaft, die in Ohligs die Gasfabrik gebaut habe.
Er habe die Auffassung, daß die Stadt Ohligs bei dem Bau der Gas-
fabrik betrogen worden sei. Er habe dem Bürgermeister sofort
davon Mitteilung gemacht. Der Bürgermeister habe ihm darauf be-
antwortet: Nehmen Sie sich mit solchen Behauptungen in acht, wenn Sie
dieses nicht beweisen können. Ein Richter, der einmal eine äh-
nliche Bemerkung gemacht hatte, wurde deshalb zu 1 1/2 Jahren Ge-
fängnis verurteilt. — Der Bürgermeister bestreitet die Behauptungen
des Zeugen. Fabrikant Klönne in Dortmund behauptet: Als der
Bürgermeister Trommershausen nach Bürgermeister in Kötzinghausen
war, sei er mit dem Bau einer Gasanstalt für die Stadt Kötzinghausen be-
traut worden. Der Bürgermeister habe ihm dabei den Preis um 8000 M.
herabgedrückt und ihm überhaupt derartige Schwierigkeiten bereitet,
daß er auf den Gedanken kam, der Bürgermeister wolle von der
Lieferung Procente haben. Jemand einen Anhalt hierfür habe er
nicht. Er habe dies aber umso mehr geglaubt, da der Bürgermeister
ihn einmal gefragt habe, ob er ihm nicht eine Vertretung für
seine Fabrik übertragen könne. Bürgermeister Trommershausen:
Ich bestreite, jemals ein solches Ansuchen an den Zeugen gestellt zu
haben, zumal dies mit meiner amtlichen Stellung vollständig un-
vereinbar wäre, ich hätte aber niemals die Absicht, mein Amt aufzu-
geben. — Auf fernere Befragen des Verteidigers bemerkt der Zeuge
Klönne: Es sei ihm bekannt, daß die von Wiersberg vertretene Berlin-
Anhalter Maschinenbau-Aktiengesellschaft einigen städtischen
Gasdirektoren fünf Prozent vom Umsatz ge-
zahlt habe. Direktor Mertens in Vosen habe dies vor Gericht
unter seinem Eide ausgesagt. Er nenne ferner den Direktor
Meißner in Karlsruhe, dem Gasdirektor in Fernigerode habe die
erwähnte Gesellschaft geschrieben: er solle 7000 Mark erhalten, wenn
er als Gutachter vorantrete, daß der Bau der Gasfabrik ihr über-
tragen werde. Herr Wiersberg, dem Gasdirektor des Vaudirektors
des Gas- und Wasserwerks zu Hamburg für 30 000 M.
Stettiner Chamotte-Aktien gekauft haben, damit dieser Firma die
Lieferung gegeben werde.

Der Prozeß endigte mit der Verurteilung des Angeklagten
Witt zu 600 M. Geldstrafe.

Zu dem Prozeß gegen Therese Niehen alias Schwester
Karola wird berichtet:

Ueber den Prozeß gegen die barmherzige Schwester Karola und
den Wärter Postian, der am Sonnabend in zweiter Instanz vor der
Votsdamer Strafkammer stattfand, amtliche Auskunft zu erteilen, ist
den beteiligten Beamten untersagt worden, da für diesen Fall extra
Kundenschwierigkeiten proklamiert wurde. Der Vormund des miß-
handelten Knaben Karl Steiner, Tischlermeister Glayer in Berlin,
hat den früheren nebenlägerischen Vertreter, Rechtsanwalt Dr.
Friedländer in Potsdam, benachrichtigt, daß er auf dessen Vertretung
verzichte. Ein bekannter Berliner Rechtsanwalt wird nunmehr als
Reklamation-Bürgermeister die Rechte des Knaben Steiner wahrnehmen. Der
Termin wird voraussichtlich wegen neuer Beweiserhebungen verlagert
werden.

Versammlungen.

Die Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) hielten am Montag eine
stark besuchte Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu einer
etwaigen, an die Unternehmer zu stellenden Lohnforderung. Der
Vertrauensmann Rosal berichtete über den Ausgang der Aus-
sperung der Maurer und gab dem Bedauern Ausdruck, daß die
Bauarbeiter bei diesem Kampf, in den sie ohne ihr Zutun hinein-
gezogen worden sind, nicht den geringsten Vorteil gehabt haben. Die
Maurer hätten den Zustand über die Köpfe der Bauarbeiter hinweg
beschliffen, aber trotzdem nichts gethan, um für die Bauarbeiter etwas
erringen zu helfen. Von einer Solidarität der Maurer mit den
Bauarbeitern sei gar keine Rede. Die Maurer verlangen einfach,
daß sich die Bauarbeiter ihnen fügen. Dem müsse ein Ende gemacht
werden, indem die Bauarbeiter fest und geschlossen zusammenstehen,
und ihrer eigenen Kraft vertrauen, für Verbesserung ihrer Lage-
eintreten. Der Redner legte eine Resolution der Lohnkommission
vor, worin die letztere ersucht wird, das Einigungsamt bezw.
Festsetzung der Löhne der Bauarbeiter anzurufen. — Alle
Diskussionsredner waren darin einig, daß eine Lohnverbesserung
dringend notwendig sei. Von verschiedenen Seiten wurde darauf
hingewiesen, daß es nicht angehe, das Einigungsamt anzurufen, ehe
man Forderungen an die Unternehmer gestellt habe. Allerdings sei
es wünschenswert, daß jetzt, nachdem die Maurer mit ihren Arbeit-
gebern bindende Abmachungen getroffen haben, auch die Zimmerer
und die Bauarbeiter eine Festlegung ihrer Löhne anstreben
müßten. Es wurden mehrere Vorschläge gemacht, welche darauf
hinausliefen, daß man zunächst mit den Forderungen
an die Unternehmer, resp. den Bund derselben herantrete,
ihnen Zeit gebe, sich dazu zu äußern, und wenn nichts bewilligt
werde, das Einigungsamt anrufe. — Auf Antrag Kennhalters wurde
die Lohnkommission beauftragt, dem Arbeitgeberbund im Maurer-
und Zimmerergewerbe die Forderungen der Bauarbeiter zu unter-
breiten, und denselben zu ersuchen, sich bis zum Montag den 3. Juli
dazu zu äußern. Sollte bis zu diesem Tage keine Antwort des
Bundes erfolgen, so wird, wenn eine abdoam einzugewandene Ver-
sammlung es beschließt, die Arbeit niedergelegt.

Die aufgestellten Forderungen sind folgende:

I. Lohnarbeit.

Für gewöhnliche Arbeiten am Bau (Ausgraben) Minimallohn
40 Pf. pro Stunde. Für Arbeiten am Hochbau (Wassertragen,
Rüstungsbau) 45 Pf. Wird im Keller in Lohn getragen, das heißt

Steine und Kalk, 60 Pf., beim Hochbau 65 Pf., für Arbeiter an
Hohbohrungen 60 Pf.

II. Accordarbeit.

Kalksteine und Kalktragen pro Kubikmeter 1 M. Im Keller
pro 1000 Steine 2,50 M., vom Erdgeschoß bis zum 4. Stock je 1 M.
Julage, im Treppel und Dachgeschoß 1,25 M. Julage für 1000 Steine.
Sind die Stodwerke höher als 4 Meter, so erfolgt pro Stodwerk
und 1000 Steine eine Julage von 25 Pf. Ist das Material weiter als
50 Laßschritte vom Aufgang entfernt, so erfolgt eine Julage von
50 Pf. für 1000 Steine. Sind die Steine schwerer wie 6 Pfund, so
erfolgt eine Julage von 50 Pf. für 1000 Steine. Bei königlichen
und Schulbauten, da deren Etagen ausnahmsweise hoch sind, erfolgt
eine Julage von 1,50 M. per Etage und 1000 Steine. Verblend-
und Façonsteine zu tragen wird nach Vereinbarung bezahlt. Kalk-
tragen zum Rappputz pro Quadratmeter 5 Pf. Lohnzahlungen finden
nur auf der Baustelle statt. Kauttionen werden nicht gestellt. Die
Arbeitszeit beginnt höchstens 1/2 Stunde vor der Arbeitszeit der
Maurer. Ueberstunden und Sonntagsarbeit ist nur zulässig, wenn
Menschenleben in Gefahr ist.

Die Fliesenleger hielten am Montag eine gut besuchte Ver-
sammlung ab, um über den Stand der Lohnbewegung und die von
der Lohnkommission aufgestellten Bedingungen zu beraten. Gut
erstattete den Bericht namens der Kommission, indem er die in Form
einer Resolution gefaßten Beschlüsse erläuterte und der Versamm-
lung zur Begutachtung und Annahme empfahl. Ueber die
einzelnen Punkte und die Möglichkeit ihrer Durchführung
entpanden sich nunmehr eine mehrstündige Diskussion, während deren
Verlauf Knöpfchen eine Abänderung bezw. besondere Formulierung
der einzelnen Punkte beantragte und in längeren Ausführungen be-
gründete. Am lebhaftesten wurde von den meisten Rednern die vor-
geschlagene Einführung eines geringeren Lohnes für Anfänger oder
minder geübte Arbeiter getadelt und als „Klassenlohn“ bezeichnet.
Hauptsächlich gelte es dabei, die „zehnte“ Stunde, wie über-
haupt die in Verbindung damit noch vielfach gemachten
Ueberstunden zu beseitigen und die strenge Durchführung
des Reunfundentages zu erstreben. Das Ergebnis
der längeren und ausführlichen Beratungen war die Ver-
schmelzung der von der Lohnkommission und von Knöpfchen ge-
stellten Bedingungen in der Hoffnung nachstehender Resolution, die
gegen einige Stimmen zur Annahme gelangte: „In Erwägung, daß
die in der Fliesenbranche bestehenden Verhältnisse einer früheren Zeit
ihren Ursprung verdanken, die mit den heutigen Zeitumständen nicht
mehr verglichen werden können, weil durch die jetzt bestehende Praxis
überholt; desgleichen die Verkürzung der Arbeitszeit eine allgemeine,
auch von Unternehmern längst anerkannte Forderung, die fernere
Innehaltung des Zehnfundentages in Rücksicht auf die bereits im
geleiteten Baugewerbe eingeführte neunstündige Arbeitszeit geradezu
unhaltbare Zustände geschaffen hat, beschließt die am 26. Juni 1899 tagende
öffentliche Versammlung der Fliesenleger, daß am 1. Juli dieses Jahres
sämtlichen Unternehmern seitens der Lohnkommission folgende
Forderungen bezw. Bedingungen unterbreitet werden: 1. Die
Arbeitszeit dauert 9 Stunden von morgens 7 bis 6 Uhr
abends, Sonnabends bis 5 Uhr ohne Vesper, an den
Vorabenden der Feste zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten
bis 8 Uhr nachmittags, bei voller Bezahlung der
Tage- bezw. Wochenlohn. 2. Der Stundenlohn bei gewöhn-
licher Tagesarbeit beträgt 70 Pf. 3. Ueberstunden, Nacht- und
Sonntagsarbeit sind unter allen Umständen zu vermeiden;
nur in ganz außergewöhnlichen Fällen sind für Ueber-
stunden von 6 bis 9 Uhr abends 80 Pf. für Nacht-
(nach 9 Uhr abends) und Sonntagsarbeit pro Stunde 1 M.
zu zahlen. Die Lohnzahlung muß am Sonnabend auf der Bau-
stelle um 5 Uhr, wenn dort nicht üblich, im betreffenden Comptoir
spätestens um 5 1/2 Uhr erfolgen. 4. Lohnabzüge bezw. Einhalten
eines Teiles des Verdienstes ist entschieden zu vermeiden; der volle
Wochenlohn oder der Lohn für wirklich geleistete Arbeitszeit ist stets vom
Unternehmer zu zahlen. 5. Für Arbeiten außerhalb des Mindest-
netzes, in den Vororten, ist die mehrerforderliche Zeit, mindestens
aber eine Stunde extra zu vergüten und sind sämtliche
verursachte Fahrgehalte zurück zu erstatten. Bei auswärtigen
Arbeiten sind mindestens 2,50 M. Tagesbespen und Fahrgehalt dritter
Klasse zu bezahlen. Unter Verschiedenem entspann sich abermals
eine längere und lebhaft besprochene über den Zustand bei der
Firma Rosenfeld u. Cie., sowie namentlich über das Verhalten
eines Arbeiters Schwarz. Da in dieser Streitfrage ein Schieds-
gericht zu entscheiden haben wird, gelangte ein diesbezüglicher
Schlichtungsantrag zur Annahme: die Prüfung der ganzen Angelegenheit
nun dem Schiedsgericht zu überlassen, worauf die Versammlung
gegen 1 1/2 Uhr nachts geschlossen wurde.

Eine gut besuchte Versammlung der Bantischler für die
Bezirke Wedding, Moabit und Charlottenburg tagte
am Montag bei Fischer, Weußelstraße, um über den event. Eintritt
in eine Lohnbewegung zu beraten. Der Referent Dientz sowie
alle Diskussionsredner schilderten die Lohn- und Arbeitsbedingungen
der Bantischler als sehr schlechte. Die Löhne sind äußerst niedrige
und vielfach wird unter dem im Jahre 1896 festgesetzten Minimal-
Wochenlohn von 21 M. bezahlt. Ebenso wie die Wochenlöhne sind auch die
Accordpreise für die verschiedenen Arbeiten erheblich reduziert worden.
Die aufgenommenen Statistiken haben ergeben, daß ein ganz beträchtlicher Teil
der Berufscollegen nur ein Jahreseinkommen von 600 bis 700 M.
zu verzeichnen hat. Die Bantischlerei ist immer mehr Saisonarbeit
geworden und zwar ist sie auf einige Monate beschränkt, während
in der übrigen Zeit große Arbeitslosigkeit herrscht, unter der die
Arbeiter natürlich sehr zu leiden haben. Die Ertragsverhältnisse der
1896er Lohnbewegung sind teils wieder durch die Schuld der
Berufscollegen selbst, welche die Organisation vernachlässigten und
nicht genügend für die Aufrechterhaltung des Ertrages eintraten,
verloren gegangen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden pro
Woche hat die Erfolge nicht zeitigt, die man auch in Bezug auf
die Steigerung der Löhne erwarten konnte. Infolge der intensiveren
Arbeit, wie sie jetzt meist zu verzeichnen ist, durch die Ueberstunden-
arbeit, die Beschränkung der Pausen, wie dies in vielen Fällen
üblich ist, hat man die Vorteile einer Verkürzung der Arbeitszeit fast
gänzlich illusorisch gemacht. In diesen Verhältnissen wird das Holz-
abladen gänzlich unmöglich oder gegen eine ganz geringe, der Arbeit
nicht entsprechende Entschädigung verlangt. Reuthliche Mißstände sind
noch eine ganze Reihe vorhanden, die, wenn der feste Zusammenschluß
der Berufscollegen in der Organisation erfolgt, beseitigt werden
könnten. Die gegenwärtige Geschäftslage ist günstig und wird
in nächster Zeit noch besser werden, so daß bei einer einheitlichen
Lohnbewegung der Erfolg gesichert erscheint. In den verschiedenen
Bezirken Berlins und der Umgegend werden nun noch mehrere Ver-
sammlungen stattfinden, die zu der geplanten Lohnbewegung Stellung
nehmen. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in der
sich die Versammelten verpflichten, der Organisation beizutreten, eine
rege Agitation auf den Bauten und den Werkstätten für dieselbe zu
erhalten, um dadurch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen
zu können.

Die Puzer hielten am Dienstag bei Keller, Köpenstraße 29,
eine Versammlung ab, in der Silber Schmidt über die
Aussperung der Berliner Maurer und den Verhandlungen
vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts berichtete. Der Redner
schilderte eingehend die Ursachen und den Verlauf des Kampfes und
erörterte sodann die infolge der Verhandlungen zu stande gekommenen
Einigungsbedingungen, die er im allgemeinen als vorteil-
haft für die Arbeiter bezeichnete. Als besonders wertvoll
sei die Anerkennung der Arbeiter-Organisation zu betrachten.
Dieses wird auch im übrigen Deutschen Reich eintreten
und auch besonders in denjenigen Orten, wo die Unter-
nehmer es bisher nach dem Berliner Muster ablehnten, mit den Ar-
beitern Zweck Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in
Verhandlungen zu treten. Um aber Ruhe im Baugewerbe zu
schaffen, die auch nach den jahrelangen Kämpfen von den Arbeitern
gewünscht wird, sei es notwendig, daß auch von den übrigen Berufs-

Vermischtes.

Aus Dresden wird berichtet: Der Mörder der am Sonnabendvormittag in ihrer Wohnung in der Bettlerstraße ermordeten 73-jährigen Witwe Hermanns ist in Bodenbach (Böhmen) von einem ihm von Dresden nachgereisten Kriminalkommissar verhaftet worden. Er heißt John, und Tätowierungen deuten darauf hin, daß er Schiffer ist.

Zurückgewiesener Schnelldampfer. Die „Vödemanns Telegraphen-Bureau“ erfährt, wird der von der Firma F. Schichau in Elbing erbaute Schnelldampfer „Kaiser Friedrich“ vom Norddeutschen Lloyd in Bremen nicht abgenommen werden, da das Schiff die kontraktmäßig vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt hat. Das Schiff wird nach der Rückkehr von seiner jetzigen Reise dem Erbauer zurückgegeben werden. Die fahrplannmäßigen Reisen des Dampfers werden vom Dampfer „Prinz-Regent Luitpold“ sowie den Schnelldampfern „Kaiser Wilhelm II.“ und „Lade“ ausgeführt werden.

Eisenbahn-Unfall. Amlich wird gemeldet: Gestern nachmittag wurde ein Landfuhrwerk bei Rottelnicke (Strecke Posen-Kreuz) durch Personenzug 711 überfahren. Die auf dem Wagen sitzenden beiden Personen wurden verletzt. Ursache: Offene Schranke.

Absturz. Bei einem Ausflug in das Kaisergebirge bei Ruffstein sind am letzten Sonntag zwei bayerische Offiziere von der Klippe abgestürzt. Der eine war sofort tot, der andere wurde schwer verwundet aufgefunden.

Verunglückter Luftschiffer. Der durch seine Luftfahrt über die Alpen bekannt gewordene Luftschiffer Merighi verunglückte Montag in Graz. Er stieg nachmittags trotz heftigen Windes auf. Bei 3500 Meter Höhe barst der Ballon und stürzte. Merighi hielt sich im Strickwerk fest, sprang zuletzt ab und blieb mit schweren inneren und äußeren Verletzungen bewusstlos in einer Ackerfurche liegen. Ein Rettungswagen brachte ihn nach Graz ins Spital.

In Wabre (Belgien) hat sich gestern abend ein schwerer Unfall ereignet. Auf dem dortigen Jahrmärkte ist eine Ring-Eisenbahn, die durch einen Tunnel fährt, erbaut worden. Sonntag entgleiste der Zug; die Lokomotive wurde zertrümmert, die Wagen wurden umgeworfen, sieben Personen wurden sehr schwer, andere Fahrgäste leichter verletzt. Die Bahn wurde sofort geschlossen.

Ueberschwemmung. Aus Großwardein wird berichtet, daß der Fluß Köröcs aus den Ufern getreten ist. Das Dorf Dragonosch ist überflutet, das Wasser ist dort in die Häuser eingedrungen. Sowohl dort wie in den Dörfern Regerfalva, Gijanyes und Leled sind durch die Hochflut alle Saaten zu Grunde gerichtet worden. Der Verkehr ist unterbrochen.

Die Pest in Hongkong. Nach amtlichen Meldungen aus Hongkong sind dort in der vergangenen Woche 148 Neuerkrankungen und 188 Todesfälle an Pest vorgekommen.

Ein Erdbeben von mehreren Sekunden ist in der Nacht zum Montag in Pisa und Florenz beobachtet worden.

Marktpreise von Berlin am 26. Juni 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Weizen	D. Gr.	16,30	15,00	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10	
Roggen		15,30	13,80	Rindfleisch	1,60	1,10	
Hafer		13,30	12,00	Lammfleisch	1,60	1,10	
Gerste		15,00	14,00	Butter	2,40	1,80	
Mais		15,00	14,50	Eier 60 Stk	3,00	2,20	
Weizen	mittel	14,40	14,00	Karotten 1 kg	1,80	1,20	
Weizen	gering	4,00	3,50	Kale	2,80	1,20	
Gerste		6,00	4,00	Hander	2,00	1,20	
Hafer		4,00	2,50	Beide	2,40	1,20	
Speisebohnen		50,00	25,00	Barische	1,60	0,80	
Erbsen		70,00	30,00	Schote	2,50	1,20	
Kartoffeln, neue		8,00	4,00	Bleie	1,20	0,80	
Rindfleisch, Rente 1 kg		1,60	1,20	Krebse	per Schok	14,00	3,00
do. Band		1,20	1,00				

*) Grünkohl pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Reiterstraße - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.
†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 26. Juni. Trotz des schlechten Wetter blieb die Tendenz meist auf geringen Wagenbedarf und niedrigere Preisermittlungen von den Getreidebörsen Nordamerikas, wo die harte Zunahme der sichtbaren Bestände an Weizen und Mais und weitere bedeutende Anlieferungen der hiesigen Märkte zu erwarten sind. Weizen und Roggen waren bei uns 0,50 R. billiger zu haben. Hafer und Mais blieben bei nominalem Handel im Preise unverändert. Der Spiritusmarkt zeigte keine einseitige Tendenz. Während Locomore 0,50 R. niedriger zu haben war, blieben Termine fest bei unveränderten Preisen. Der Petroleumpreis betrug 15,000 Liter Wer a 41,50 R.

Kartoffelmarkt. Berlin, 26. Juni. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilo Brutto incl. Sack - - - R. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kilo Brutto incl. Sack und Rest 19,75 R., Supra trockene Kartoffelstärke - - - R. Kartoffelmehl per 100 Kilo Brutto 19,75 R.
Berliner Getreide- und Mehlzukunft zu Wasser vom 26. Juni mittags bis 27. Juni mittags betragen 1488 Lo. Weizen, 60 Lo. Roggen, 117 Lo. Hafer, 151 Lo. Gerste, 742 Lo. Mais, 2350 D. Gr. Weizenmehl.

Witterungsübersicht vom 27. Juni 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. W. in C. u. F.
Syrmende	760,25	SW	14	Wolffig	14
Hamburg	764,25	SW	15	Wolffig	15
Berlin	762,25	SW	12	Wolffig	16
Wiesbaden	769,25	SW	18	Wolffig	14
München	770,25	SW	14	Wolffig	19
Wien	765,25	SW	15	Wolffig	19

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 28. Juni 1899.
Ein wenig wärmer, vielfach heiter, jedoch noch unbedeutend mit einzelnen Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

gruppen im Baugewerbe durch feste Vereinbarungen mit den Unternehmern stabile Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt werden. In der hierauf folgenden Diskussion wurden von allen Rednern die Ermäßigungen der Mauerer mit den Unternehmern gut geheissen und schließlich folgende Resolution angenommen:

Die heutige Verammlung der Mauerer spricht ihr volles Einverständnis aus mit den durch die Verhandlungen festgelegten Einigungsbedingungen und verpflichtet sich die Versammelten, dahin zu wirken, daß auch für die Mauerer bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Außerdem wurde beschlossen, dem Central-Strейfunds des Verbandes deutscher Mauerer 5000 Mark zu überreichen. Ferner wurde den ausgesperrten Arbeitern in Dänemark eine Unterstützung von 1000 Mark aus dem Streifonds der Mauerer bewilligt.

Johannisthal, Nieder-Schöneweide. Eine von nahezu 200 Personen besuchte Volksversammlung tagte hier am Montagabend, 26. Juni. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Forderung der Mauerer, 2. Die Forderung der Zimmerer, 3. Die Forderung der Tischler, 4. Die Forderung der Schlosser, 5. Die Forderung der Klempner, 6. Die Forderung der Maler, 7. Die Forderung der Glaser, 8. Die Forderung der Steinmetzen, 9. Die Forderung der Tischler, 10. Die Forderung der Schlosser, 11. Die Forderung der Klempner, 12. Die Forderung der Maler, 13. Die Forderung der Glaser, 14. Die Forderung der Steinmetzen.

Adlershof. Am 26. Juni 1899 tagte hier im Lokale von Schmauser eine Volksversammlung, die von ca. 300 Personen besucht war. Genosse Ad. Hoffmann referierte über die Forderung der Mauerer und das Koalitionsrecht. Referent unterzog den Gegenstand, sowie auch die Deutschnachricht in seiner zweistündigen Rede einer herben Kritik, hierauf wurde die Berliner Resolution einstimmig angenommen. Diskussion konnte nicht stattfinden, da der überwachende Beamte wegen eingetretener Polizeistunde die Versammlung auflöste. Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie trennten sich die Anwesenden.

Wahlverein Berlin VI. Die Vorstandmitglieder werden ersucht, zu der heute abend 9 Uhr bei Franz Kleinert, Müllerstr. 7a, stattfindenden Vorstandswahl persönlich zu erscheinen. W. Kiesel, Vorsitzender der Schleswig-Holsteiner. Heute abend 8 Uhr, Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner mit Frauen in G. Feuerstein's Restauration (Inhaber W. Herzberg), Mitte, Potsdamerstr. 76. Aufnahme neuer Mitglieder. Geschäftsliches.

Freie Vereinigung der Badenser. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Lange, Dragonerstr. 15: Versammlung. Sandsteine willkommen.

Achtung! Central-Verband der Zimmerer. Achtung!
Am Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Grosse Versammlung
der Mitglieder sämtlicher Zahlstellen von Berlin und Umgegend.
Tages-Ordnung:
Welche Forderungen gehen die Zimmerer Berlin und der Umgegend zu stellen, um bessere und stabilere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen?
Kameraden! Geben Raum für Wom in dieser Versammlung; auch die Kameraden, welche nicht Mitglied des Verbandes sind, werden hierzu eingeladen.
Der Vorstand.

Achtung! MAURER. Achtung!
Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, in Louis Kellers Festhale, Koppenstr. 29:
Grosse Versammlung
der Mitglieder des Centralverbandes deutscher Mauerer.
Für Charlottenburg findet am Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, eine Mitglieder-Versammlung in der „Gambrius-Brauerei“ statt.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
Unsere Aufgaben auf Grund des jetzigen Einigungs-Vertrages.
Der Vorstand. J. K. K. Panser.

Achtung! MAURER!
Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Herrn Stehert, Andreasstr. 21:
Große öffentliche Versammlung
für alle Mauerer Berlin und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation).
Tages-Ordnung:
1. Unsere Aufgaben zum jetzigen Einigungs-Vertrage. 2. Diskussion. 3. Gemeindefälliges. Die Lohnkommission. J. K. Frits Kater.

Gesellschaftshaus
Zwischenmünderstr. 42.
Täglich im Garten:
Theater-Vorstellung.
Saal für 800 Personen auch Sonntag frei. 1827R.
Fahrräder-Teilzahlung
direkt aus der Fabrik
mäßige Anzahlung, coul. Teilzahlung.
1 Jahr schriftl. Garantie.
33. Crandauerstr. 33. 1909R.

Konsum-Verein Berlin-Nordost.
Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im kleinen Saal des Apollo-Theaters, Hermannstr. 48-50.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Kassierers. 3. Eventuelle Beschlußfassung über die Eröffnung der 2. Verkaufsstelle in Berlin SO. 4. Anträge.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. - Gäste haben Zutritt.
Am zahlreichem Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen i. H. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprossstr. 9-7.

Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt
ist Dr. Thompson's Seifenpulver

Brüna harte
Schlackwurst u. Salami
a Pfund 1,10;
bei 5 Pfund u. Pfund 1,00.
Speck, fetter, a Pfd. 55 Pf.
mager, a Pfd. 65 Pf.
bei 5 Pfd. a Pfd. 5 Pf. billiger.
Schinken, a Pfd. 85 Pf.
E. Klähn, Händl.
nahe der Markthalle. 1909R.

Rechtsanwaltsbureau Anker
fährt alles durch. Invalidenstr. 128, II.
Dr. Simmel
Nortitzplatz,
Daus u. Aschinger
3 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut- u. Gharleiden.
12-2, 3-7. Sonntag 10-12, 2-4.
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt,
Spezialarzt für
Haut- u. Harnleiden
Frauen-Krankheiten.
Schöneberger Ufer 23. Spr. 9-1, 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend,
Ab. 7-8: Friedrichstr. 114, I.
Teilzahlung
monatlich 10 R.
Hefert elegante
Horrengarderobe
n. Maß, Tomporowski, S. Schneidermeister,
Reanderstr. 10, II. an der Sauerstr.
(Auch barer Kaufe billige Preise.)

Centralverband d. Zimmerer.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag unser akkreditirtes Mitglied, der Zimmerer
Gustav Ortmann
verstorben ist. 262/1
Derelbe war ein altriger Beschachter unserer geschichtlichen Sache, wir werden ihm abgeteilt ein treues Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 29. d. M. nachm. 3 Uhr, vom Moabit-Krankenhaus, Dinkelsb. 62/63, aus statt.
Am zahlreiche Beileidigung bittet
Der Vorstand.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Am 28. d. M. verstarb nach kurzem Krankenlager unser Kamerad, der Zimmerer
Gustav Ortmann,
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Krankenhauses Dinkelsb. 62/63, aus statt.
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die innigste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters sage ich hiermit meinen besten Dank.
W. Haecke nebst Kindern,
911b Zwinemünderstr. 60.
Rehlitz' Garten u. Saal
300-600 Personen fassend, f. Sommer- nachts-Bälle, Jubiläenstr. 94. [474b
Unversteht meine beiden herzlich gelegenen Lokale für Fahrten und Vereine.
Gasthof zu Müggelheim und Sportplatz zur Gr. Kranze.
1706 23. Troppenstr.

Hans Kayser
Gärtlicher Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Stahlofen.

Die Einzige
Tuchfabrik
Lehmann & Assmy, Tuchfabrik, Spremberg, Lausitz.
Deutschlands, die ihre Fabrikate an jeden Privatmann versendet, empfiehlt hiermit ihre hocheleganten Fabrikate in **Anzug- und Paletot-Stoffen** und werden auf Wunsch Muster sofort an jedermann franco versandt. Nur beim Bezug aus unserer Fabrik kaufen Sie direkt und entgehen dadurch dem Zwischenhandel. **Preise konkurrenzlos billig.** Auf Wunsch weisen an jedem grösseren Platze Schneidermeister nach, welche auch, ohne dass der Stoff von denselben entnommen wird, elegante Anzüge zu soliden Preisen anfertigen.

